

**Carl von Ossietzky  
Universität Oldenburg**

**Bachelorstudiengang: Sozialwissenschaften**

## **BACHELORARBEIT**

### **Das „Problemviertel“ - Sackgasse oder Ressource?**

**vorgelegt von:** Michael Hubrich

**Betreuender Gutachter:** Dr. Norbert Gestring

**Zweiter Gutachter:** Prof. Dr. Michael Daxner

**Oldenburg, 13.8.2009**

## Inhalt:

1. Einleitung .....	1
2. Soziale Segregation und benachteiligte Quartiere.....	3
2.1 Segregation und die Entstehung benachteiligter Quartiere .....	3
2.2 Diskussion um die Bewertung benachteiligter Stadtviertel.....	5
3. Theorie der Quartierseffekte.....	8
3.1 Forschungsperspektiven .....	8
3.2 Effektdimensionen.....	10
4. Auswertung der empirischen Forschung .....	12
4.1 Soziale Dimension.....	12
4.2 Symbolische Dimension .....	21
4.3 Materielle Dimension .....	25
4.4 Politische Dimension.....	33
5. Resümee .....	37
6. Literatur .....	41

# 1. Einleitung

„Sozial schwache Menschen und Migranten leben immer isolierter in abgegrenzten Vierteln. Wohnprojekte der Kommunen scheitern reihenweise. Der Trend zur Ghettobildung scheint kaum aufhaltbar“ (Haimann 2009: o. S.) - Mit dieser drastischen Prognose titelte Anfang dieses Jahres eine überregionale Tageszeitung und beschreibt im üblichen Journalistenstil ein Thema, dessen sich die Wissenschaft bereits seit über 20 Jahren widmet. Tatsächlich weisen neuere Erhebungen darauf hin, dass zwischen 10 und 20 Prozent der Großstadtbevölkerung in Armut leben und diese sich zunehmend räumlich konzentrieren (vgl. Häußermann 2008: 335). Diese sozialräumliche Entwicklung der verschärften Segregation wird vermehrt unter den Stichworten soziale Ausgrenzung, neue Armut und Polarisierung sowie Spaltung der Städte diskutiert. Begründet wird dieser Prozess vorrangig im fortschreitenden ökonomischen Strukturwandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft, was unübersehbare Auswirkungen auf die Entwicklung sozialer Ungleichheit hat. In Folge der schwindenden Funktionstüchtigkeit der Stadt als Integrationsmaschine für den Arbeitsmarkt sowie des Rückzugs des Staats aus der Wohnungsversorgung, einhergehend mit der Privatisierung oder dem Abbau sozialstaatlicher Leistungen bilden sich sozialräumliche Strukturen, die ganze Quartiere innerhalb der Großstadt zu benachteiligten Orten werden lassen (vgl. Dorsch/Siebert 2001: 121). Somit kann von einer neuen Qualität und Dynamik von Armut und den Gefahren sozialer Exklusion gesprochen werden, was verstärkt die Frage nach dem Einfluss solcher segregierten Viertel auf die Lebenslagen der von Armut betroffenen Bewohner aufwirft (vgl. Kronauer/Vogel 2004: 243).

Die stadtsoziologische Forschung bietet zu dieser Frage bislang keine deutliche Antwort. Schon seit der sozialökologischen Stadtforschung der 1920er Jahre existiert die These der Verbindung zwischen Segregation und sozialen Effekten. Wurde zu dieser Zeit noch versucht, mögliche Zusammenhänge zwischen sozialräumlichen Strukturen und als anomisch geltenden Verhaltensformen, wie freizügige Sexualität, ausgeprägte Kriminalität und Armut quantitativ zu untersuchen (vgl. Häußermann 2004: 163), so herrscht in der neueren Diskussion zunächst die Auffassung, dass die räumliche Konzentration von sozial deprivierten und in Armut lebenden Quartiersbewohner zusätzlich benachteiligende Effekte produziert. Dies könne dazu führen, „dass ein problembeladenes Quartier zu einem Ort der Ausgrenzung wird“ (Häußermann 2000: 19). Somit herrscht in diesem Ansatz das Credo, dass eine verschärfte soziale Segregation einen zusätzlichen Benachteiligungseffekt

auf die Armutslagen der Quartiersbewohner hat. Mitunter geht aus dieser These ein vielerorts zu beobachtendes stadtteilpolitisches Leitbild hervor, dass der Konzentration von sozial Marginalisierten entgegentritt und somit zu einer starken Verbreitung dieser Ansicht beiträgt (vgl. Nieszery 2008: 111).

Entgegen dieser auf quartiersbedingte Defizite abzielenden Argumentation existiert ein weiterer Ansatz, der mögliche Ressourcen innerhalb der Quartiere mit hoher Konzentration armer Haushalte fokussiert. Dieser betrachtet das Stadtviertel als möglichen Schutz- und Rückzugsraum und betont Formen sozialer Unterstützung, die zur Bewältigung prekärer Lebenslagen beitragen und bringt somit die Sichtweise auf benachteiligte Quartiere als eine Nische im urbanen Raum, in der eine solidarische Stützstruktur zu finden ist, in die soziologische Debatte um Quartierseffekte ein (vgl. Keim/Neef 2000: 253).

Aus diesen divergierenden Perspektiven und der Annahme eines eigenständigen Einflusses des Quartiers lässt sich die Frage ableiten, inwiefern benachteiligte Quartiere sozioökonomisch prekäre Situationen verstärken und verfestigen oder Ressourcen zur Bewältigung und Überwindung solcher Lebenslagen bieten können. Sind sie als biografische Sackgasse zu sehen oder existieren doch, trotz vorhandener Benachteiligung, Chancen für eine positive Lebensbewältigung seiner Bewohner und welche Schlussfolgerungen lassen sich dadurch für die Bewertung sogenannter Problemviertel ziehen? In dieser Arbeit soll anhand empirischer Forschung zu diesem Thema untersucht werden, inwieweit sich Quartierseffekte in positiver oder negativer Weise erkennen lassen. Da sich die hier verwendeten Studien auf unterschiedliche Schwerpunkte und Fragestellungen beziehen, folgt die Auswertung einer strikten Kategorisierung nach sozialer, materieller, symbolischer und politischer Dimension. Vor allem soll durch diese Einordnung erreicht werden, alle denkbaren Bereiche, in denen unterstützende oder benachteiligende Effekte auftreten können, zu erfassen.

Zunächst wird, um den hier zu behandelnden Gegenstand zu konkretisieren, das Phänomen der sozialräumlichen Segregation kurz beleuchtet und die sich daraus ergebende Entstehung benachteiligter Quartiere genauer erläutert. Insbesondere sollen im Anschluss unterschiedliche Positionen bezüglich der Beurteilung benachteiligter Quartiere exemplarisch anhand der Stadtsanierungsdebatte, die schon in den 1960er Jahren geführt wurde, erörtert werden, da sich in diesen auch die unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen neuerer Forschung zu Quartierseffekten widerspiegeln, die wiederum zu berücksichtigen sind, wenn man nach einer umfassenden wissenschaftlichen Sichtweise auf benachteiligte Quartiere fragt. Daran anknüpfend soll auf die Theorie der

Quartierseffekte, insbesondere in Hinsicht auf die vier Dimensionen, deren Herleitung und den Überlegungen zu defizits- und ressourcenorientierten Forschungsansätzen eingegangen werden, um im darauf folgenden Kapitel die Einordnung der Forschungsergebnisse in die genannten Kategorien vornehmen zu können. Im Schlussteil werden zum einen die gewonnenen Erkenntnisse reflektiert und diskutiert sowie in Bezug zur Frage nach der Beurteilung benachteiligter Quartiere gesetzt.

## **2. Soziale Segregation und benachteiligte Quartiere**

### ***2.1 Segregation und die Entstehung benachteiligter Quartiere***

Wenn man sich mit Quartiersforschung befasst, befindet man sich automatisch im Gegenstandsbereich des städtischen Raums, der in der Soziologie als Sozialraum definiert werden kann. Die sozialräumliche Struktur der Stadt entsteht durch komplexe Prozesse, „in deren Verlauf die unterschiedlichen sozialen Gruppen und Milieus ihren Ort in der Stadt finden bzw. zugewiesen bekommen“ (Häußermann/Siebel 2004: 139). Dabei versteht man nicht nur eine bloße Verteilung, sondern vielmehr eine Konzentration von Haushalten mit bestimmten Merkmalen im Stadtgebiet. Diese sozialräumlichen Differenzen werden gemeinhin am Haushaltseinkommen, der Altersstruktur, den Lebensstilen und der ethnischen Zugehörigkeit festgelegt. In der soziologischen Diskussion zur Bestimmung von Segregation wird überwiegend von einem Abbild bzw. der Übertragung sozialer Ungleichheit in den städtischen Raum gesprochen, womit diese Struktur als residentielle oder soziale Segregation bezeichnet wird. Diese soziale Ungleichheit äußert sich insbesondere in der Zunahme der räumlichen Konzentration benachteiligter Gruppen wie Migranten und von Armut Betroffenen<sup>1</sup> in bestimmten städtischen Quartieren (vgl. Dangschat 1998: 207).

Doch welche Prozesse liegen der beobachtbaren Zunahme der Segregation zugrunde, die dazu veranlasst von benachteiligten Quartieren zu sprechen? Wie eingangs erwähnt sind die Großstädte der westlichen Industrienationen seit Mitte der 1970er Jahre durch einen sozioökonomischen Wandel gekennzeichnet. In ökonomischer Hinsicht ist

---

<sup>1</sup> Unter anderem können Friedrichs/Trimer in ihrer Studie eine hohe Korrelation zwischen sozialer und ethnischer Segregation in fast allen untersuchten deutschen Stadtquartieren feststellen (vgl. 2008: 109). Deshalb wird die Konzentration ethnischer Gruppen in dieser Arbeit als Teilaspekt benachteiligter Quartiere behandelt, aus dem jeweilige zusätzliche Benachteiligungen oder Ressourcen zu vermuten sind.

insbesondere die Deindustrialisierung maßgeblich an einem kollektiven Abstieg, einem Fahrstuhleffekt nach unten, gerade in ehemaligen Arbeitervierteln, beteiligt. Durch diese wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind demnach vor allem unqualifizierte Industriearbeiter betroffen, da viele Arbeitsplätze in Fabriken bzw. sämtlichen industriellen Produktionsstätten verschwunden sind. Somit stieg in den letzten drei Jahrzehnten die Arbeitslosenquote in den betroffenen Quartieren sprunghaft an, was mithin zu einer Transformierung von Arbeitervierteln zu Arbeitslosenvierteln geführt hat. Dadurch fiel die Kaufkraft der ansässigen Bewohnerschaft, was nun in eine entsprechend niedrigere kommerzielle Infrastruktur mündet.<sup>2</sup> Der wachsende Dienstleistungsbereich kann zudem diese neuen überflüssigen Arbeitskräfte nicht aufnehmen, da meist geforderte Qualifikationen nicht vorhanden sind (vgl. Häußermann 2008: 341f). Diese Entwicklung wird gleichzeitig vom Rückzug des Staates aus dem sozialen Wohnungsbau seit Ende der 1980er Jahre flankiert. Vermehrt sind Wohnungsbaugesellschaften, die sich noch im öffentlichen Eigentum befinden von der Politik dazu angehalten, diese Wohnungen zu verkaufen, um die Eigentumsquote zu erhöhen. Dies hat vor allem zur Folge, dass die restlichen Bestände, die für eine sozioökonomisch schwache Mieterschaft gedacht sind, in ihrer Zahl verringert werden und sich an bestimmten Orten in der Stadt räumlich konzentrieren. Besonders beschränkt die Modernisierung von Altbauwohnungen das Angebot an preisgünstigem Wohnraum im privaten Sektor, was eine Konzentration des dezimierten Angebots an Sozialwohnungen in randstädtischen Siedlungen nach sich zieht (vgl. Häußermann 2000: 17). Diese durch den Arbeits- und Wohnungsmarkt hervorgerufenen Mechanismen lösen nun zunehmend selektive Wanderungsprozesse aus, die den Segregationsprozess nochmals begünstigen. Haushalte, die sich einer sozialen Verunsicherung, der Angst vor dem eigenen sozialen Abstieg und zunehmenden (kulturellen) Konflikten ausgesetzt sehen, wandern aus den entsprechenden Vierteln ab. Gleichermaßen tragen Tendenzen zur Suburbanisierung dazu bei, dass sich in innenstadtnahen Quartieren die soziale Entmischung weiter fortsetzt, da die Haushalte, die abwandern, meist erwerbstätig und besser integriert sind als die, die zurückbleiben. Ähnliche Wanderungen sind auch für die größeren Neubausiedlungen der 1960er Jahre am Stadtrand beobachtbar, da diese Wohnform selten das Ende der Wohnkarriere jener Haushalte darstellt, die sich aufgrund ihrer ökonomischen Situation andere Wohnformen in anderen Gebieten leisten können (vgl. Häußermann 2001: 74). Somit entsteht eine

---

<sup>2</sup> Beispielsweise stellen Dorsch/Siebert in ihrer Studie zu Berlin Neukölln einen bedeutenden Rückgang der Zahl der Arbeitsplätze im Einzelhandel aufgrund abnehmender Kaufkraft und hoher Gewerbemieten fest (vgl. 2001: 130).

Situation, in der für jeden freiwillig weggezogenen Haushalt einer zuzieht, der aufgrund geringer finanzieller Mittel oder wegen kultureller Diskriminierung nur eingeschränkte Möglichkeiten der Wohnungswahl hatte. Dieser Vorgang wird gleichzeitig durch die Finanznot der Städte, die soziale Leistungen aufgrund steigenden Bedarfs bei sinkenden Steuereinnahmen reduzieren oder nicht bedarfsgerecht ausbauen, weiter verschärft (Häußermann 2008: 343).

Insgesamt können durch die genannten Prozesse Sozialstrukturen, vor allem in innenstadtnahen Altbauvierteln als auch in größeren Neubausiedlungen in der städtischen Peripherie, entstehen, für die unter anderem ein überdurchschnittlicher Anteil von Haushalten mit Transferbezug, hohe Arbeitslosigkeit, schlecht ausgestatteter Wohnungen und ein niedriges Bildungsniveau charakteristische Merkmale darstellen und aufgrund dessen als benachteiligt bezeichnet werden (vgl. Friedrichs/Blasius 2000: 26).

## ***2.2 Diskussion um die Bewertung benachteiligter Stadtviertel***

Bereits in den 1960er und 70er Jahren hat sich eine stadtpolitische und auch sozialwissenschaftliche Diskussion in Richtung möglicher Strategien der Stadtsanierung in der Bundesrepublik entwickelt, die verschiedene Sichtweisen der Beurteilung der Lebenswelt benachteiligter Quartiere widerspiegeln (vgl. Häußermann/Kapphan 2000: 226). Zunächst lässt sich eine als Modernisierungstheorie bezeichnete Position beschreiben, die für einen sehr hohen staatlichen Interventionsgrad in als sanierungsbedürftig geltende Quartiere steht. Sanierung wurde dabei weniger als partielle Aufwertung, sondern als Rundumerneuerung verstanden. Dieser Ansatz wurde in zweierlei Hinsicht begründet. Benachteiligte Quartiere wurden als ausnahmslos rückständig bewertet, zum einen in sozialer, zum anderen in materieller Hinsicht. In der sozialen Perspektive wurde das Recht zur gesellschaftlichen Teilhabe eingefordert, womit man das Quartier als Ort der Ausgrenzung erklärte und diesem Prozess entgegenzuwirken versuchte. Damit eng verbunden waren sämtliche materiellen Mängel, insbesondere eine defizitäre soziale und technische Infrastruktur, wie z. B. fehlende Kinderbetreuungsstätten, problematische Verkehrsverhältnisse bzw. generell eingeschränkte Nutzbarkeit öffentlicher Verkehrsmittel, die mangelhafte Ausstattung mit Spiel- und Erholungsflächen, unzureichende Versorgung in kommerzieller Hinsicht sowie problematische Entsorgungspraxis von Abwassern und Müll. Es wurde somit der eingeschränkte Zugang zur gesamten öffentlichen Infrastruktur und dadurch die verhinderte Teilhabe am

modernen Leben kritisiert (vgl. Zapf 1969: 13). Unter dem Sanierungsziel eine gleichberechtigte Funktionalität des Quartiers zu schaffen, verbargen sich gleichermaßen ökonomische Interessen, da eine schlecht ausgebaute Infrastruktur das gesamtstädtische Wachstum behindern kann (vgl. Häußermann et al. 2002: 18). Aus dieser Ansicht ergibt sich ein äußerst negatives Bild über benachteiligte Viertel, da "weder die Wohnqualität noch die Lebensweise den Standards einer modernen, funktionalistisch ausgerichteten Gesellschaft zu entsprechen schien." (Häußermann/Siebel 2004: 163). Das benachteiligte Quartier wird somit insgesamt als "Insel der Rückständigkeit" gesehen: Die "Sanierungsmaßnahmen sollen ihre Rückständigkeit aufheben und die veralteten Verhältnisse auf den Inseln an die längst neuen Standards des Festlands anpassen" (Zapf 1969: 14). Der Staat bzw. die Stadt, die ihre Modernitätsvorstellungen auf diese Weise durchsetzen wollte, erschien dabei als "aufgeklärter Despot, der die Bewohner auch gegen ihren Willen zu einem 'richtigen Leben' zwingen kann" (Häußermann et al. 2002: 18). Diese Tendenz wird auch deutlich, wenn den Bewohnern die Zuständigkeit für die Verhältnisse im Quartier, also sämtliches Potenzial zur Eigeninitiative, abgesprochen wurde und die Sanierer als Retter in der Not die diskriminierenden Zustände aufzuheben hatten (vgl. Zapf 1969: 15). Somit erscheint dieser Ansatz als einer, der sich strikt an Außenvorstellungen der Stadtpolitik orientiert und jegliche Innenperspektive seitens der Quartiersbewohner sowie eventuelle Folgen von Gentrifizierung, wie z. B. die Verdrängung der einkommensschwachen Haushalte, ignorierte.

Eine dazu konträre Sichtweise ergibt sich aus einer anderen Interpretation der spezifischen sozialen Beziehungen in benachteiligten Quartieren. Innerhalb der sozialwissenschaftlichen Debatte um Sanierungsstrategien wiesen eher progressive Vertreter auf den Charakter einer alternativen Gegenkultur in besagten Vierteln hin. Nicht die Integration in die sich als modern gebende kapitalistische Mehrheitsgesellschaft war das Ziel, sondern gerade andere Lebensweisen, die sich vor allem durch Solidarität auszeichnen, sollten als Maßstab der Bewertung der Quartiere dienen. Diese wurden nicht als rückständige Inseln gesehen, die man zwangsläufig an das moderne Festland binden müsse, sondern Rückständigkeit wurde in diesem Ansatz als Andersartigkeit und als gesellschaftlicher Gegenentwurf betrachtet. Sanierungsmaßnahmen wurden dementsprechend als eine Art Zwangskonsum bezeichnet und das Quartier als Ort des Widerstands auch gegen jene ökonomischen Beweggründe einer modernisierungstheoretisch konzeptionierten Sanierungsstrategie (vgl. Häußermann/Kaplan 2000: 227). Somit lässt sich diese Position als genaues Gegenteil



zur Modernisierungstheorie innerhalb der Sanierungsdebatte verorten, da besonders die Innenperspektive der Bewohner einhergehend mit einer wirtschafts- und gesellschaftskritischen Perspektive betont wurde.

Eine eher gemäßigte Variante, die sich zwischen diesen doch sehr kontrastierenden Ansätzen bewegt, kann als behutsame Sanierung oder auch politische Fürsorge bezeichnet werden. Der Schwerpunkt liegt hier auf einer sozialen Verträglichkeit der Kosten, die bei Anhebung des Wohnstandards anfallen und beispielsweise die Mieten steigen lassen. Jedoch anders als das modernisierungstheoretische Bild der Bewohner als schon fast unmündige Individuen, denen man väterlich den rechten Weg weisen müsse, wurden hier die spezifischen sozialen Netzwerke und Beziehungen als bewahrenswerte kulturelle Leistungen der Bewohner anerkannt und gegen eine soziale Zersetzung durch staatliche Eingriffe geschützt (vgl. Häußermann/Siebel 2004: 164).

Allen drei sanierungsstrategischen Ansätzen ist gemein, dass sie jeweils Effekte der baulich-physischen Umgebung, verbunden mit den jeweiligen sozialen Milieus, implizieren - sprich, Quartierseffekte unterstellen. Jedoch unterscheidet sich die entsprechende Interpretation deutlich voneinander. Dies hat zur Folge, dass benachteiligte Quartiere unterschiedlich bewertet werden. Der modernisierungstheoretischen Auffassung, rückständigen Vierteln durch Sanierung den Anschluss an die moderne Mehrheitsgesellschaft zu verschaffen, liegt demnach die Meinung zu Grunde, dass das Quartier einen immensen Faktor der Benachteiligung darstellt. Wohingegen man dem Quartier im Verständnis einer Gegenkultur eine eher emanzipatorische Wirkung zuschreiben würde. Letztere politische Fürsorgestrategie lässt das Quartier als Nische erscheinen, die einen beschützenden Effekt auf seine Bewohner hat (vgl. Häußermann/Siebel 2004: 164).

Doch welcher Ansatz entspricht am ehesten den tatsächlichen Gegebenheiten? Vor dem Hintergrund der sichtlichen Beurteilungsdifferenzen, von absoluter Benachteiligung und unterstützendem Schutzraum, lässt sich nun erneut die Frage stellen, inwiefern diese Einschätzungen empirisch gestützt werden können. Durch die doch sehr gegensätzlichen Positionen, mit einem eher gemäßigten Ansatz dazwischen, lässt sich bereits in diesem Teil der Arbeit vermuten, dass man es mit einer Ambivalenz in der Wirkungsweise benachteiligter Quartiere zu tun hat. Diese Zweischneidigkeit erscheint auch in der neueren Quartiersforschung, in der allerdings entweder nach zusätzlicher Benachteiligung gesucht oder die möglichen Ressourcen hervorgehoben werden. Somit erscheint es als hilfreich diese früheren Überlegungen, bei denen unausgesprochen bereits Quartierseffekte eine

Rolle spielen, zu bedenken, wenn man die neuere Forschung hinsichtlich der Wirkungsweise und der daraus resultierenden Einschätzung benachteiligter Quartiere befragt. Inwieweit sich die moderne Quartiersforschung dem möglichen Einfluss solcher Viertel annimmt und in welchen Dimensionen Effekte denkbar sind, soll nun in den folgenden Kapiteln erörtert werden.

### **3. Theorie der Quartierseffekte**

#### ***3.1 Forschungsperspektiven***

Zunächst muss darauf hingewiesen werden, dass es keine einheitliche Theorie der Quartierseffekte gibt. Innerhalb der quartiersbezogenen Stadtforschung lassen sich insbesondere zwei unterschiedliche Perspektiven erkennen, die wiederum als Ausdruck verschiedener Sichtweisen auf benachteiligte Quartiere verstanden werden können.

Zum einen herrscht eine auf die defizitäre Ausstattung des Viertels abzielende Darstellungsweise der Lebensverhältnisse in benachteiligten Stadtvierteln. Bauliche Verfallserscheinungen, die Ausdünnung und Überlastung des privaten wie öffentlichen Infrastrukturangebots sowie die Schließung und Verlagerung von ansässigen Firmen stehen ebenso im Fokus wie die Charakterisierung dieser Viertel als Orte der Armut. Es scheint ein Konsens zu herrschen, dass die Bewohner insgesamt benachteiligt und die Nachbarschaften überfordert sind. Ursächlich für die Dominanz dieser Defizitperspektive wird unter anderem eine politische Motivation im Sinne von Skandalisierung gesehen. In der wissenschaftlichen Diskussion wird vermutet, dass Sozialwissenschaftler, Gemeinwesenarbeiter und Lokalpolitiker bislang öffentliche und professionelle Aufmerksamkeit für die räumliche Kumulation sozialer Problemlagen und den nötigen Druck für sozial-politische Interventionen in diesen Quartieren erzeugen wollten. Dies hat vor allem das Zustandekommen verschiedener Länderprogramme und des seit rund 10 Jahren laufenden Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ begünstigt. Diese können jedoch den wahrscheinlich nicht intendierten Effekt haben, dass durch die Beschreibung der Quartiere als „Problemviertel“ die Unterschiedlichkeit und Abgrenzung zu anderen Stadtgebieten und zudem zwischen den Bewohnern innerhalb des jeweiligen Viertels verfestigt wird. Es erscheinen alle Bewohner gleichermaßen als Opfer misslicher Lagen.

Eine solche Pauschalisierung lässt Auswirkungen auf deren Selbstbild erwarten und kann mitverantwortlich für die in Kap. 2.1 erläuterten selektiven Wanderungsprozesse sein (vgl. Keim/Neef 2007: 12). Neben dieser Skandalisierungsstrategie bestimmt auch der angelegte Bewertungsmaßstab die Fokussierung auf quartiersbezogene Defizite: „Als Maßstab dient eine Mehrheitsgesellschaft, deren Normen, Regeln und Sicherheiten eine historische Besonderheit des fordistischen Wohlfahrtsstaates waren“ (Keim/Neef 2007: 13). Die Lebensbedingungen benachteiligter Quartiere werden als Abstand zu dieser Mehrheitsgesellschaft gekennzeichnet, obwohl dieser Maßstab in der wissenschaftlichen Diskussion gleichermaßen in Frage gestellt wird. Aufgrund dessen wird an dieser Perspektive kritisiert, dass sie unterschiedliche Armutsbetroffenheiten ignoriert und keinen Blick für vorhandene Ressourcen zur Bewältigung schwieriger Lebenslagen besitzt (vgl. ebd.). Hier lassen sich Parallelen zu den in Kap. 2.2 vorgestellten modernisierungstheoretischen Sanierungsstrategien erkennen. Die Auffassung, dass benachteiligte Quartiere in ihrer Gänze Orte defizitärer Ausstattung in jeglicher Hinsicht sind, scheint eine sich hartnäckig haltende Position zu sein, die sich durch Wissenschaft und Politik gleichermaßen zieht und auch, wie am Einleitungszitat unschwer erkennbar, in der Medienwelt ihre Vertreter findet.

Doch wie auch in der Sanierungsdebatte existiert hier eine äquivalente Gegenposition. In einer an quartiersbezogenen Ressourcen orientierten Perspektive wird das benachteiligte Quartier verstärkt auch als ein Ort gesehen, der Chancen für die Lebensbewältigung bieten kann. Der Fokus liegt hier in erster Linie auf der besonderen Qualität sozialer Beziehungen und Netzwerke, die eine zentrale Rolle bei der Abpufferung benachteiligter Ausgangsbedingungen, also dem Leben in einem benachteiligten Quartier, spielen können. Das Quartier wird als Schutz- und Rückzugsraum betrachtet, das spezifische Handlungsspielräume für die Alltagsbewältigung eröffnen kann (vgl. Herlyn 1991: 29). Analog zur Einschätzung des Quartiers als ein Ort der Gegenkultur wird hier darauf hingewiesen, dass die Bewertung benachteiligter Quartiere nicht zwangsläufig an den Wertvorstellungen der Mehrheitsgesellschaft gebunden sein muss. Deshalb erfordere der Blick auf mögliche Ressourcen auch immer "das Hinterfragen unserer normativen Vorstellungen und Projektionen" (Keim 2002: 176). Das jeweilige Milieu kann als Stützstruktur fungieren, „das objektiv benachteiligende Lagen stabilisiert und ein weiteres Abrutschen verhindert“ (Keim/Neef 2000: 253). Da gerade die erwähnten Erneuerungsprogramme wie die „Soziale Stadt“ aktivierende Maßnahmen vorsehen, wird der Ressourcenperspektive eine unerlässliche Bedeutung zugeschrieben. Es sollen

Fähigkeiten, die helfen, das eigene Leben in den Griff zu bekommen und vor allem die, die sich aus der materiellen Situation und der sozialen Struktur des Quartiers ergeben, untersucht und veröffentlicht werden (Keim/Neef 2007: 14). Sicherlich muss man auch dieser zur Skandalisierung konträren Position hinzufügen, dass die Gefahr der Einseitigkeit und einer sich daraus ergebenden Verharmlosung prekärer Lebenslagen besteht.

### **3.2 Effektdimensionen**

Vor dem Hintergrund der beschriebenen Differenz in der Stadtforschung sollen in dieser Arbeit beide Ansätze berücksichtigt werden und sowohl Benachteiligungen als auch Ressourcen herausgearbeitet werden. Wurde bisher stets von benachteiligenden Effekten und bewältigungsfördernden Ressourcen gesprochen, so stellt sich nun die Frage, welche Effekte zunächst überhaupt in welchen Dimensionen theoretisch denkbar sind, um ein umfassendes Bild benachteiligter Quartiere zu erhalten?

Als sozialer Raum betrachtet, kann das Quartier hinsichtlich seiner sozialen (Re-)Produktionsfunktion in gesellschaftliche Interaktionsstrukturen, welche erkennen lassen, wie Individuen und Gruppen den Raum herstellen und nutzen sowie in materiell-physische Substrate, d. h. die gesellschaftlich produzierte materielle Ausstattung, unterschieden werden. Überdies kann das Quartier als Sozialraum in ein institutionalisiertes und normatives Regulationssystem, beispielsweise zur Beschreibung von Macht- und Kontrollbeziehungen in politischer Hinsicht, sowie in ein Zeichen-, Symbol- und Repräsentationssystem differenziert werden, welches vor allem in Bezug auf Identitätsbildung und Images von Bedeutung ist (vgl. Gestring/Janßen 2004: 161). In Anlehnung an diese Analysekategorien des sozialen Raums und gestützt auf Bourdieus Unterscheidung von Kapitalarten, die Individuen im Wettbewerb um soziale Positionen einsetzen können (soziales, ökonomisches und kulturelles Kapital), lassen sich Dimensionen bestimmen, in denen Effekte des Quartiers wirken können (vgl. Häußermann/Siebel 2004: 165).

Erstens spielt die soziale Dimension eine wichtige Rolle in der Untersuchung von Quartierseffekten. Dabei sind zum einen die Sozialisationsbedingungen für Heranwachsende bzw. deren Einstellung zu deviantem Verhalten und mögliche Übernahmetendenzen von Bedeutung. Hier wird insbesondere davon ausgegangen, dass sich das Leben in einem Quartier auf die Verhaltens- und Denkweisen der Bewohner auswirkt und somit einen direkten Einfluss in Form sozialen Lernens ausübt (vgl.

Häußermann 1999: 10). Zum anderen bezieht sich diese Dimension auf die Formen sozialer Beziehungen und Netzwerke. Vor allem jene Kontakte, die aufgrund räumlicher Nähe zustande kommen oder begünstigt werden, sind Gegenstand der Betrachtung (vgl. Janßen 2004: 27). Somit wäre zu prüfen, inwieweit man hinsichtlich dieser Schwerpunkte zusätzliche Benachteiligungen oder unterstützenden Ressourcen erkennen kann.

Die zweite Dimension beschreibt zum einen die Bedeutung des Images des Quartiers von Außen sowie die symbolische Wahrnehmung seiner Bewohner selbst, zum anderen seine möglicherweise identitätsstiftende Wirkung. Einerseits steht hier die Frage im Raum, inwieweit das Image eines Quartiers sich auf die Bewohner überträgt und ihre Selbstwahrnehmung beeinflusst und dadurch Handlungsmöglichkeiten eingeschränkt werden (vgl. Häußermann 1999: 10). Andererseits wäre zu untersuchen, in welchem Ausmaß Möglichkeiten zur Identitätsbildung bestehen und diese als psychische Ressource genutzt werden können (vgl. Janßen 2004: 28).

Eine weitere Effektdimension besteht in der materiellen Ausstattung des Quartiers. Diese „umfasst neben der Art und Qualität des Wohnbestandes die Lage des Quartiers in der Stadt, die Existenz und Nutzbarkeit öffentlicher Plätze und die technische, soziale und kommerzielle Infrastruktur“ (Gestring et al. 2006: 101). In den Überlegungen zu benachteiligenden und unterstützenden Effekten in der materiellen Dimension muss eruiert werden, wie gut die Alltagsorganisation bewerkstelligt werden kann und ob Jobmöglichkeiten und Chancen zur Gelegenheitsarbeit bestehen. Auch die Nutzbarkeit öffentlichen Raums, die soziale Kontakte fördern können, ist wesentliches Element dieser Dimension, genau wie die verkehrstechnische Infrastruktur, die die Mobilität der Bewohner beeinflusst (vgl. Janßen 2004: 27). Was die Ressourcen oder Benachteiligungen betrifft, stellt sich die Frage, wie gut oder schlecht ein Quartier ausgestattet ist und wie die Bewohner tatsächlich mit den materiellen Gegebenheiten umgehen.

Als vierte Dimension der Quartierseffekte wird das Ausmaß an Möglichkeiten der politischen Repräsentanz und Interessenartikulation gesehen. Hier spielt vor allem die Verfügbarkeit kulturellen Kapitals als Voraussetzung für die Problemanalyse und dementsprechende Formulierung von Forderungen gegenüber den politischen Instanzen eine entscheidende Rolle (vgl. Häußermann 1999: 14). Gleichmaßen muss ermittelt werden, wie hoch der Vertrauensgrad in die politischen Entscheidungsträger ist. Inwieweit besteht eine soziale Distanz gegenüber politischen Vorgängen und wie steht es um das politische Interesse? So stellt sich in der politischen Dimension zum einen die Frage, inwiefern politische Artikulationsmöglichkeiten vorhanden sind und genutzt werden und

zum anderen, ob benachteiligende Quartiere in der Stadtpolitik allgemein wirklich unterrepräsentiert sind, sodass sich eine eklatante Benachteiligung feststellen ließe (vgl. Gestring/Janßen 2004: 103).

## **4. Auswertung der empirischen Forschung**

### **4.1 Soziale Dimension**

Um der Frage nach der Ausprägung sozialen Lernens nachzugehen, werden zunächst die vorliegenden Studienergebnisse zu Einstellungen seitens der Bewohner benachteiligter Quartiere gegenüber deviantem Verhalten und möglicher Tendenzen zur Übernahme abweichender Handlungsmuster eingeordnet.

Blasius/Friedrichs können feststellen, dass zwar eine Reihe abweichender Verhaltensformen, gemessen an der Häufigkeit der Wahrnehmung durch die Bewohner, wie z. B. Trunkenheit, Beschimpfen von Ausländern oder sexuelle Belästigung von Frauen verbreitet sind, dies aber auch mit einer hohen Ablehnungshaltung einhergeht. Sie weisen auch darauf hin, dass Diskrepanzen zwischen der Bewertung und der tatsächlichen Häufigkeit des Vorkommens solcher Verhaltensweisen bestehen. In ihrer Studie missbilligen oder verurteilen mehr Bewohner abweichendes Verhalten, als sie es in der Nachbarschaft wahrnehmen. Daraus folgern die Autoren, dass kein enger Zusammenhang zwischen der Wahrnehmung und der Billigung oder Verurteilung abweichenden Verhaltens besteht. Aufgrund dieser Unabhängigkeit von Wahrnehmung und Beurteilung kommen sie zu dem Schluss, dass die These der Anpassung der Einstellungen der Bewohner an beobachtetes Verhalten nicht haltbar ist. Anders gesagt können sie keinen Einfluss von beobachteten devianten Verhaltensformen auf die Bewertung der Bewohner ermitteln (vgl. 2000: 90). Allerdings scheinen Auswirkungen auf die Haltungen der Quartiersbewohner aufgrund der jeweiligen Netzwerkstruktur besonders im Vergleich zwischen der deutschen Bewohnerschaft und den insbesondere türkischen Migranten zu bestehen. Friedrichs et al. können in dem von ihnen untersuchten Quartier Unterschiede bezüglich der Einstellungsmuster zu abweichendem Verhalten feststellen. Dort billigen die Deutschen generell häufiger Devianz als die türkischen Bewohner (vgl. 2008: 111). Gegenüber der zuvor beschriebenen hohen Ablehnungshaltung muss hier der ethnische

Vergleich berücksichtigt werden. Das Niveau der Ablehnung unter den Deutschen ist vermutlich ähnlich, jedoch bei türkischen Bewohnern noch weiter ausgeprägt. Auch Friedrichs/Blasius weisen darauf hin, dass die türkischen Bewohner in viel stärkerem und einheitlicherem Maße abweichendes Verhalten ablehnen (vgl. 2000: 195). Gleichwohl können wechselseitige Beeinflussungen beobachtet werden. Friedrichs et al. konstatieren in ihrer Studie, dass sich türkische Migranten vermehrt den Einstellungen der Deutschen anpassen, je mehr Deutsche sich in ihren Beziehungsnetzwerken befinden. Für deutsche Bewohner ist hingegen die Größe des Netzwerks die wichtigste Ressource. Je ausgedehnter die Beziehungskreise, desto besser wirkt die alltägliche Kontrolle unerwünschter, devianter Verhaltensformen (2008: 147). Für die deutschen Bewohner kann die türkische Gruppe daher auch als stabilisierender Faktor hinsichtlich der Kontrolle von Devianz aufgrund ihrer stärkeren Ablehnungshaltung angesehen werden (vgl. Friedrichs/Blasius 2000: 195). Hingegen kann die Übernahme der von den Deutschen getragenen Einstellungsmuster seitens der türkischen Migranten zu Problemen führen, da diese auch einen höheren Anteil an Verwandten in ihren sozialen Netzen haben und aufgrund dessen einem moralischen Konflikt zwischen den wertkonservativen Familienmitgliedern und den toleranteren Deutschen ausgesetzt werden können (vgl. Friedrichs et al. 2008: 147). Ungeachtet dessen können jedoch auch Blasius et al. keinen bis marginalen Zusammenhang zwischen der alleinigen Beobachtung und der Billigung devianten Verhaltens erkennen (2008: 135). Somit stellen sich die Ergebnisse ambivalent dar. Einerseits kann nicht davon ausgegangen werden, dass durch das bloße Vorhandensein abweichender Verhaltensweisen im Quartier ein benachteiligender Effekt in Form der Übernahme solcher Handlungsmuster entsteht. Andererseits kann besonders eine „Aufweichung“ der strikten Ablehnungshaltung der türkischen Bewohner zu Benachteiligung im verwandtschaftlichen Netzwerk führen. Hingegen scheinen gerade diese türkischen Bewohner mit ihren einheitlicheren Ablehnungshaltungen gegenüber Devianz einen stabilisierenden Effekt auf das restliche Quartier auszuüben.

Richtet man den Fokus speziell auf Jugendliche, stellt sich ein ebenso wenig konsistentes Bild dar. Oberwittler zeigt in seiner Studie, dass insbesondere für deutsche Jugendliche der Anteil an Gleichaltrigen mit Sozialhilfebezug im Quartier von Bedeutung ist: „Je höher der Anteil der Kinder und Jugendlichen im Stadtviertel, die von Sozialhilfe abhängig sind, desto höher ist die Neigung zu schwerer Delinquenz – unabhängig von der individuellen sozialen Lage der Jugendlichen“ (2003: 164). Er stellt fest, dass bei Gewaltdelikten die Verbreitung gewaltakzeptierender Normen unter Gleichaltrigen eine Verstärkung der

individuellen Gewaltausübung fördern kann. Oberwittler betont, dass vor allem eine starke Konzentration des Freundeskreises in den Grenzen des Quartiers diesen Effekt verstärkt (vgl. ebd.). Andererseits scheint die Handlungsorientierung vor allem migrantischer Jugendlicher von Erwachsenen weit weniger beeinflusst zu sein. Gestring et al. weisen darauf hin, dass es trotz hoher Arbeitslosenzahl genügend Erwerbstätige im Nahraum des von ihnen untersuchten Quartiers gibt, die als Rollenmodell dienen können (vgl. 2006: 112).

Generell weisen Kronauer/Vogel darauf hin, dass eine bestehende Norm der geregelten Erwerbsarbeit den Erwerbslosen ein Gefühl der Randständigkeit und der Benachteiligung vermittelt (vgl. 2004: 250). Hinsichtlich vorgelebter Erwerbsorientierungen, an denen sich Jugendliche wie Erwachsene ausrichten könnten, unterscheiden Keim/Neef jedoch verschiedene Bewohnertypen benachteiligter Quartiere, die unterschiedliche Vorbildfunktionen einnehmen können. Insbesondere in der Gruppe der Erwerbstätigen kann Erwerbsarbeit im Zentrum der Lebensorientierung stehen, muss es aber nicht. Besonders unter türkischen Migranten können sie feststellen, dass dort eher eine Familienorientierung vorherrscht und ein eher pragmatisches Verhältnis als Notwendigkeit zur Erwerbstätigkeit besteht. Die Migranten repräsentieren zwar eine Arbeitsethik, die für eine konstante Erwerbsarbeit von Nöten ist, verdienen jedoch überwiegend niedrige Löhne und haben überdurchschnittlich viele Kinder. Die Autoren machen deutlich, dass aufgrund dessen diese Gruppe weniger die materiellen Vorteile als die Belastungen, die aus diesen Lagen hervorgehen, demonstrieren und vorleben, womit auch Erwerbstätige nicht unbedingt durchweg positiv besetzte Rollenvorbilder sein können. Ebenso ambivalent stellt es sich bei Bewohnern dar, die in prekären Arbeitsverhältnissen stehen, z. B. in kombinierter Teilzeitarbeit oder kurzfristigen Beschäftigungen. Sie leben eher die Unsicherheit einer Erwerbsfähigkeit vor als den Nutzen. Dennoch zeigen sie, dass ein Einkommen über der Sozialhilfe und damit einhergehend eine Bewältigung benachteiligter Lebenslagen durch persönliche Anstrengung und Aktivität möglich sein kann. Ähnliches gilt auch für jene, die verstärkt informeller Arbeit nachgehen, wobei hier fraglich ist, inwiefern dies als Vorbildfunktion für eine Integration in den formellen Arbeitsmarkt dienen kann. Die Erwerbsquellen sind fast immer legaler Natur, die Kombination, bestimmt durch Auflagen der Ämter, hingegen meist nicht. Deshalb können hier als effizient erscheinende Strategien des Zusatzerwerbs zwar vorgelebt werden, haben jedoch gleichwohl das Potenzial ein Normal-Rollenmodell der Arbeitsethik zu unterlaufen. Doch wird dort der Wirkungsradius als eher gering eingeschätzt, da die betreffenden Bewohner



meist eher homogene Beziehungsnetzwerke aufweisen. Weiterhin können diejenigen, die apathisch, sozial isoliert und in durchgängiger Finanznot leben, kaum als Rollenvorbilder dienen - allerdings auch nicht als besonders negative, da sie im Quartier kaum in Erscheinung treten und aufgrund des Rückzugs hinter die eigene Wohnungstür der Kontakt zu anderen Bewohnern ausbleibt (vgl. 2000: 258ff).

Insofern lässt sich anhand der Studienergebnisse auf der einen Seite ein benachteiligender Effekt auf Jugendliche durch ihre Peergroups innerhalb des Quartiers beschreiben. Auf der anderen Seite bestehen durchaus Rollenvorbilder, die als Ressource verstanden eine Orientierung auf Erwerbsarbeit begünstigen, aber wiederum differenziert hinsichtlich ihrer tatsächlichen Wirkung betrachtet werden müssen.

Der zweite angesprochene Aspekt der sozialen Dimension zielt auf den möglichen Einfluss sozialer Netzwerke, der durch deren Struktur maßgeblich bestimmt wird. Herlyn et al. identifizieren in ihrer Studie zunächst ein Problem sozial homogener Beziehungen. Durch eine überdurchschnittliche Konzentration von Bewohnergruppen, die in hohem Maße auf Unterstützung angewiesen sind, wird die Herausbildung von Freundschafts- und Bekanntschaftsbeziehungen, die Hilfsleistungen erbringen könnten, beschränkt, da die Lebensprobleme des Einzelnen so erheblich sind, dass Hilfe für andere kaum noch in Frage kommt. In diesem Falle sehen die Autoren bei fehlenden quartiersexternen Kontaktkreisen nur eine geringe Hilfsfunktion solcher quartiersbezogenen sozial homogenen Netzwerke (vgl. 1991: 133). Oder anders formuliert: Es besteht eine Benachteiligung aufgrund fehlender Stützstrukturen. Auch Gestring et al. sehen vorrangig eine Problematik sozialer Homogenität: „Wenn man nur Arbeitslose im Stadtteil kennt, ist die Wahrscheinlichkeit sehr gering, über sein soziales Netz an einen Job zu kommen“ (2006: 111).

Dennoch sind nach Herlyn et al. Gruppen, die in sozioökonomisch prekären Lebenslagen leben, stärker auf Freundschafts- und Bekanntschaftsbeziehungen im Quartier angewiesen und suchen eher als die restliche Bevölkerung nach solchen Kontakten (vgl. 1991: 134). Deshalb sehen die Autoren anhand ihrer Befragungen, dass sich aufgrund der räumlichen Nähe im Laufe der Zeit enge Beziehungen entwickeln können und Ähnlichkeiten in der Lebenssituation zu deren Beständigkeit beitragen (ebd.: 138). Vor allem das Gefühl der Solidarität und des Zusammenhalts, das sozial homogene Beziehungskreise vermitteln können, sehen die Autoren als Ressource, auch wenn damit nicht direkt praktische Hilfestellung verbunden ist (ebd.: 136). Ähnliches gilt insbesondere für den schon erwähnten migrantischen Netzwerktypus, der durch eine starke Familienkonzentration charakterisiert ist. Gestring et al. rechnen diesem in erster Linie eine Hilfsleistungsfunktion

bei der Alltagsbewältigung zu und beschreiben ihn als emotionalen Stützpfeiler, weniger als Ressource für die Integration in den Arbeitsmarkt. Bessere Chancen für die Eingliederung in Erwerbsarbeit bieten die sozialen Netze, die um einen ethnisch homogenen Freundeskreis erweitert sind, da sie größer und stabiler sind. Vor allem sehen die Autoren auch die größere Erfahrung seitens der Migranten bezüglich des Zugangs zu informeller Arbeit als Ressource (vgl. 2006: 55). Dies bestätigt auch die Studie von Friedrichs et al., die allerdings darauf hinweist, dass aufgrund der starken lokalen Bindung und der Orientierung an Erwerbsmöglichkeiten in der ethnischen Community weniger Informationen und Chancen außerhalb des Netzwerks wahrgenommen werden können (vgl. 2008: 147). Hinsichtlich der Erwerbsmöglichkeiten erscheinen ethnisch heterogene Netzwerke weniger leistungsfähig, da sie zumeist nicht auch auf sozialer Ebene heterogen sind und dementsprechend das bereits beschriebene Problem sozial homogener Netze auftritt (vgl. Gestring et al. 2006: 56). Demzufolge sprechen die Studienergebnisse für eine nicht zu vernachlässigende Bedeutung sozial homogener Netzwerkstrukturen hinsichtlich nutzbarer Ressourcen, die zwar nicht unbedingt zur Eingliederung in den formellen Arbeitsmarkt dienen, aber jenseits ökonomischen Bedarfs die Lebensqualität bessern können. Hingegen kann ethnische Homogenität zwar gewisse Vorteile mit sich bringen, jedoch scheint hier besonders die Gefahr zu bestehen, den Anschluss an die restliche Gesellschaft zu verlieren.

Neben dem Gesichtspunkt der Beschaffenheit von Freundes- und Bekanntenkreisen im Quartier muss gleichermaßen die unmittelbare Nachbarschaft hinsichtlich möglicher Ressourcen und Benachteiligungen untersucht werden.<sup>3</sup> In allen vorliegenden Studien, die sich tiefergehend damit beschäftigen, herrscht wie auch bei den bereits erläuterten Ergebnissen ein eher differenziertes Bild. Die räumliche Nähe des miteinander Wohnens trägt Rechnung für Beziehungsformen, die sich sowohl als nachbarschaftliches Miteinander aber auch als ausgeprägte Distanzierung darstellen können. Nach Keim/Neef sind Nachbarschaften in ihrer Wirkung zunächst durch einen Kernbereich zwischen Grußkontakten und höflicher Distanz mit Akzeptanz der Grenzen des Privaten gekennzeichnet. Diese Form entspricht einer Mindestnorm der Distanzierung innerhalb nachbarschaftlicher Beziehungen, die sowohl belastend und beeinträchtigend verletzt werden kann oder sich in eine unterstützende Richtung verändert: "Auf der einen Seite treffen wir also auf ein Solidaritäts- bis individuelles, hilfreiches Kontaktverhalten, auf der anderen Seite auf (konfliktreiche) Koexistenz bis hin zum offenen Streit" (2007: 129).

---

<sup>3</sup> Natürlich können Freunde und vor allem nähere Bekannte auch gleichzeitig unmittelbare Nachbarn sein, weshalb eine wirklich exakte Trennung erschwert wird.

Nichtsdestoweniger lassen sich schon in der beschriebenen Kerndimension nachbarschaftlicher Verhältnisse Ansätze für Hilfestellungen lokalisieren, die meist zufällig in Form von Tür aufhalten, Auto anschieben oder ähnlichen auf die Situation begrenzten Unterstützungen auftreten. Man kennt sich zwar nicht näher, aber doch soweit, dass kleinere Unterstützungen geleistet werden (vgl. Keim/Neef 2007: 129). Auch Herlyn et al. kommen zu der Feststellung, dass sich trotz oberflächlicher Beziehungsstrukturen wechselseitige Hilfsleistungen erkennen lassen, die aber keine weitere Intensivierung der Kontakte zur Folge haben muss. Die Ablehnung vertiefender Kontakte sehen die Autoren besonders in der Befürchtung sozialer Kontrolle begründet. Engere Beziehungen führen häufig zu Kontrollverhalten, dem sich die Bewohner nicht aussetzen wollen (vgl. 1991: 125).

Gleichwohl existieren auch Nachbarschaftstypen, die einen hohen Grad sozialer Integration aufweisen. Enge soziale Netzwerke, in denen auch viel Freizeitkontakt besteht, können besonders Unterstützungsfunktionen übernehmen. Beispielsweise ergeben sich für Eltern spezifische Anlässe über ihre Kinder, aus denen sich dann die Möglichkeit der jeweiligen Betreuung im Bedarfsfall ergibt (vgl. Herlyn et al. 1991: 124). Doch sind ähnliche Lebenssituationen keine notwendige Bedingung für integrative Nachbarschaften. Herlyn et al. können in diesem Zusammenhang ein Toleranzniveau bei sozial und ethnisch heterogener Zusammensetzung der Bewohner feststellen, das sich für alle Nachbarn auf ein akzeptables Maß eingestellt hat (vgl. ebd.).

Auch Keim/Neef weisen in ihrer Studie auf ähnlich beschaffene Strukturen hin, die durch ein Solidaritätsverhalten in Form von Hilfe in Notsituationen, aber auch in materieller Hinsicht durch Leihe und Tausch gekennzeichnet sind. Aber insbesondere die Praxis des Ausleihens wird hier differenziert beurteilt: Einerseits kann es als Ausnahmefall gesehen werden, da aufgrund möglicher sozialer Gefälle und, damit verbunden, unterschiedliche Vorstellungen über die Normalität eines Haushaltsbestands bestehen. Andererseits bieten gerade in dieser Art der Unterstützung unverbindliche Nachbarschaftskontakte bessere Möglichkeiten, da eine zu große soziale Nähe wie z. B. zu Verwandten und Freunden bereits die Anfrage erschwert. Durch eine distanziertere Position als zur Familie kann der Nachbarschaftskontakt erleichternd wirken, da dort ein chronischer Mangel nicht offenbart werden muss (vgl. 2007: 131). Ebenfalls stellen Tobias/Boettner fest, dass die verwandtschaftliche Solidargemeinschaft, wenn überhaupt vorhanden, erst in extremer Not an Bedeutung gewinnt, da die Scham als Bittsteller aufzutreten keine unbedeutende Rolle spielt (vgl. 1992: 37f). Doch stellt sich besonders für arbeitslose Frauen die

Verwandtschaft im Quartier als wichtiger Bezugspunkt dar, da sie beispielsweise bei der Kinderbetreuung helfen können und somit eine Stützfunktion einnehmen (vgl. Kronauer/Vogel 2004: 250).

Abseits praktischer oder finanzieller Hilfen und wieder im Fokus auf die direkte Nachbarschaft sehen Keim/Neef besonders die reine Kommunikation auf solidarischer Basis als wesentliche Ressource, die eben keinen unmittelbaren Nutzen verspricht, aber den Kernbereich nachbarschaftlicher Strukturen übersteigt und somit ein Stück Lebensqualität sichert. Man kann sich austauschen und erfährt ein gewisses Zusammengehörigkeitsgefühl (vgl. 2007: 131). Insbesondere für Haushalte in prekärer Lage, die arbeitslos und abhängig von sozialen Leistungen und unsicherem Nebenerwerb sind, spielt eine solch beschaffene Struktur eine besondere Rolle: "Sie gelten als positiv bewertete Enklaven in einer ansonsten feindlichen Umwelt" (Keim/Neef: 2000: 267).

Ganz anders sehen die Ergebnisse der Studie von Tobias/Boettner hinsichtlich der vorherrschenden Nachbarschaftsstruktur in ihrem Untersuchungsgebiet aus. Ihre Untersuchungen weisen auf ein hohes Vertrauensdefizit hin, das sich aus der nachbarschaftlichen Interaktionsdichte ergibt. Zum einen existiert auch hier Angst vor sozialer Kontrolle und zum anderen der Wunsch nach Wahrung der Privatsphäre. Ein solches Misstrauen, vor allem bei der von den Autoren untersuchten finanziell benachteiligten Gruppe, kann leicht zu einem grundsätzlichen Charakteristikum der gesamten sozialen Existenz werden, da man seinen eigenen Status nicht offenbaren möchte (vgl. 1992: 39f). Entsprechend berichten aber auch Herlyn et al. von Nachbarschaften, die von besonderer sozialer Desintegration gekennzeichnet sind und in denen über die Anonymität hinaus Konflikte bestehen, die eine zusätzliche Belastung darstellen (vgl. 1991: 126). Vor allem lassen sich solche zusätzlich benachteiligende Effekte bei jenen Bewohnergruppen erkennen, die zwar den quartierlichen Bedingungen entfliehen wollen, es aber auf Grund fehlender materieller Möglichkeiten nicht können (vgl. Keim/Neef 2000: 268). Mit Blick auf Migrantenhaushalte konstatieren Friedrichs et al. auch in diesem Zusammenhang, dass vor allem türkische Bewohner aufgrund häufig kleinerer Netzwerke vermehrt von ihrem (außerethnischen) Umfeld sozial isoliert sind (vgl. 2008: 71). Doch erkennen Keim/Neef auch hier, speziell unter Migranten und anderen sozial Abgestiegenen, gewisse subkulturelle Beziehungsstrukturen, die die Lebenssituation zwar festigen können, aber gleichzeitig eine abkapselnde Wirkung zur restlichen Gesellschaft begünstigen (vgl. 2000: 268). Auch Herlyn et. al. konstatieren eine ausgeprägtere Tendenz zur Nachbarschaftshilfe unter türkischen Migranten (vgl. 1991: 143). Ergänzend kann

Kaplan unabhängig ethnischer Zugehörigkeit überwiegend bei alleinstehenden Frauen und Männern in der Gruppe der Sozialhilfebezieher fehlende Unterstützungsnetze feststellen (vgl. 2002: 149). Dafür spricht auch das Ergebnis der Studie von Tobias/Boettner, dass diese Gruppen überproportional ganz ohne Vertrauenspersonen sowohl in direkter Nachbarschaft als auch im gesamten Quartier auskommen müssen (vgl. 1992: 39). In dieser Unzugänglichkeit jeglicher zuvor genannter Ressourcen sehen Friedrichs/Triemer zunehmend auch gesundheitliche Probleme als psychosoziale Folge, womit hier von einer zusätzlichen Benachteiligung gesprochen werden kann (vgl. 2008: 33). Allerdings haben Herlyn et al. in ihrem Untersuchungsgebiet ermittelt, dass zwar in der Gruppe der Sozialhilfeempfänger und Migranten, darunter insbesondere 1-Personen-Haushalte, Kontakte zu anderen Bewohnern unterdurchschnittlich ausgeprägt sind, diese aber dennoch nur halb so häufig im Vergleich zur Gesamtbevölkerung von der Nachbarschaft und zum übrigen Quartier isoliert leben (vgl. 1991: 114).<sup>4</sup> Doch gerade für diese Bewohnergruppe konstatieren Keim/Neef eine Verfestigung der Benachteiligung: "Fehlende oder konflikthafte familiäre und verwandtschaftliche Beziehungen und die rigorose Kontaktvermeidung bis in die nächste Nachbarschaft unterminieren jegliche Form von Hilfe; auf Grund ihrer Zurückgezogenheit bestehen keine Möglichkeiten zu gegenseitigen Leistungen oder informellen Tätigkeiten" (2000: 268). Kronauer/Vogel identifizieren zudem die Gruppe der alleinstehenden arbeitslosen Männer als besonders gefährdet für soziale Isolation, da ihnen gerade in monofunktional ausgerichteten Wohnsiedlungen klare Rollenzuordnungen fehlen (vgl. 2004: 252).<sup>5</sup>

Inwieweit sich Nachbarschaftsbeziehungen entwickeln und festigen können hängt auch maßgeblich von der Umzugsfluktuation ab, denn ein niedriges Wandervolumen gilt als ein Zeichen für hohe soziale Stabilität (vgl. Häußermann/Siebel 2004: 132). Jedoch sind gerade einige Nachbarschaften benachteiligter Quartiere durch selektive Wanderungsprozesse von einer un stetigen Wohndauer geprägt. Dies kann nach Herlyn et al. dazu führen, dass sich vermehrt ambivalente Nachbarschaftsstrukturen herausbilden, die einerseits aufgrund sozialer Homogenität umfangreichere und unterstützungsrelevantere Beziehungen hervorbringen, insbesondere unter den Bewohnern, die eine längere Wohndauer verzeichnen können. Andererseits kommt es aber zu Ausgrenzung anderer Personenkreise und Einzelpersonen, die neu zugezogen sind bzw. noch nicht sehr lange in

---

<sup>4</sup> Dieser Befund veranschaulicht, dass das Ausmaß sozialer Benachteiligung durch Isolation in benachteiligten Quartieren quantitativ eher eine untergeordnete Rolle zu spielen scheint.

<sup>5</sup> Auf die besondere Bedeutung der funktionalen Ausrichtung des Quartiers wird noch in Kap. 4.3 vertiefend eingegangen.

der jeweiligen Nachbarschaft ansässig sind (vgl. 1991: 128). Ebenso beschreibt Kapghan in seiner Studie eine Gefährdung tragfähiger und stabiler sozialer Beziehungen durch fluktuierende Wohnungsbelegungen. Zudem benennt er auch instabile familiäre Situationen, die dazu führen, dass Konflikte in die Nachbarschaft hineinwirken (vgl. 2002: 150). Keim/Neef sehen die Schwierigkeit der Gestaltung und Erhaltung unterstützender Beziehungen in solchen von hoher Fluktuation bestimmten Nachbarschaften darin begründet, dass immer wieder eine erträgliche Norm nachbarschaftlicher Distanz gefunden werden muss. Insbesondere, je stärker die soziale Heterogenität zunimmt, desto mehr erhöhen sich die Anforderungen der einzelnen Bewohner hinsichtlich ihrer Akzeptanz und Toleranz gegenüber den Nachbarn (vgl. 2007: 132). Dadurch ergibt sich auch in der Studie von Herlyn et al. eine stark polarisierte Nachbarschaftsstruktur, in der sowohl sozial integrierte Beziehungsformen als auch soziale Isolation und Exklusion vorzufinden ist, die nun ihrerseits einen sehr ambivalenten Charakter hinsichtlich Ressourcen und zusätzlichen Benachteiligungen aufweist (vgl. 1991: 128).

Daneben ist letztlich auch ein allgemeines Abgrenzungsverhalten in benachteiligten Quartieren erkennbar, das mitunter auch zur Ausgrenzung bestimmter Bewohnergruppen in der Nachbarschaft führen kann. Keim/Neef sehen vorrangig Verhaltensanforderungen und den Wunsch nach Statusbestätigung als Gründe für eine solche Binnenabgrenzung (vgl. 2007: 265).<sup>6</sup> Gestring et al. können eine Abgrenzung türkischer Migranten zu den Deutschen und anderen Zuwanderungsgruppen in ihrem Untersuchungsgebiet feststellen: "Die sozialen Beziehungen über die eigene Ethnie hinaus beschränken sich auf oberflächige Grußkontakte" (2006: 110). Nicht nur in der näheren Nachbarschaftsumgebung, sondern bereits in der, wie von Keim/Neef als ressourcenträchtigen Mikrokosmos beschriebenen, Hausgemeinschaft kann es bereits zu Abgrenzungen von "Außenseitern" innerhalb des Hauses kommen (vgl. 2000: 268). Farwick sieht hier auch in der Zuweisungspraxis der Stadtpolitik einen Grund für ein erhöhtes Konfliktpotenzial unter Problemgruppen im kleinräumigen Wohnumfeld (vgl. 2001: 161). Zudem machen Tobias/Boettner in ihrer Studie darauf aufmerksam, dass sozial abgestiegene Haushalte dennoch mit viel Anstrengung versuchen an einem Lebenskonzept festzuhalten, welches sich an den Normen der Mehrheitsgesellschaft orientiert. Ebenso bemühen sie sich, sich durch ihre eigene Statureinschätzung vermehrt gegenüber anderen Gruppen abzugrenzen (vgl. 1992: 70). Auch Dorsch/Siebert können in ihrer Studie ein Abgrenzungsverhalten von ökonomisch eher gesicherten Haushalten, die eigentlich das

---

<sup>6</sup> Das Abgrenzungsverhalten zur Gesellschaft außerhalb des Quartiers wird in Kap. 4.3 aufgegriffen, da es maßgeblich mit dem Quartiersimage zusammenhängt.

Quartier verlassen wollen, und den benachteiligten Bewohnergruppen feststellen (vgl. 2001: 133). Durch dieses Abgrenzungsverhalten unter den Quartierbewohnern selbst, was mitunter vor allem für sowieso schon marginalisierte Gruppen weiter ausgrenzend wirkt, werden Potenziale verhindert, die eigentlich der Lebensbewältigung dienen könnten. Tobias/Boettner beschreiben besonders die Hemmung informeller Dienstleistungen. Beispielsweise kann trotz handwerklichen Könnens eine Reparaturleistung oder Ähnliches durch Ressentiments vor allem in den durch Vertrauensdefizit charakterisierten Nachbarschaften verhindert werden (vgl. 1992: 79). Dennoch weisen Keim/Neef darauf hin, dass soziale Netze, Hilfen und eigene Potenziale nicht vollständig und auch nicht bei allen Bewohnern verhindert werden (vgl. 2000: 266).

In diesem Spannungsfeld zwischen verschiedenen Nachbarschaftstypen, deren Strukturen von ressourcenreichen Solidargemeinschaften bis hin zur durch Anonymität, Misstrauen und sozialer Isolation gekennzeichneten Nachbarschaft reichen, zeigt sich auch hier recht deutlich eine Notwendigkeit der differenzierten Betrachtung benachteiligter Quartiere. Flankiert von Fluktuation und Abgrenzungsverhalten können nicht alle Bewohner gleichermaßen Ressourcen nutzen und sind ebenso wenig einer generellen zusätzlichen Benachteiligung ausgesetzt. Allerdings lässt sich eine Asymmetrie erkennen, da eine wirkliche Verstärkung und Verfestigung der benachteiligten Lebenslage "nur" bei den in massiver materieller Unsicherheit und/oder in sozialer Isolation lebenden Bewohnern aufzutreten scheint. Alle anderen sind mehr oder weniger in soziale Netze eingebettet, aus denen sie trotz benachteiligter Lage spezifische Unterstützungsleistungen beziehen können. Zudem scheinen in vielen Quartieren Differenzen in der Struktur und Leistungsfähigkeit sozialer Netze von vor allem türkischen Migranten und den deutschen Bewohnern zu bestehen, was wiederum zeigt, wie unscharf generalisierte Aussagen über benachteiligte Quartiere sein können.

## **4.2 Symbolische Dimension**

Im Folgenden werden nun die Befunde der vorliegenden Studien hinsichtlich des äußeren und inneren Images benachteiligter Quartiere sowie deren identitätsstiftende Wirkung beleuchtet. In erster Linie stehen hier Einflüsse auf die Selbstwahrnehmung und des Selbstwertgefühls im Vordergrund.

Zunächst beobachten Keim/Neef, dass die Bewohner des von ihnen untersuchten benachteiligten Quartiers oftmals im Falle einer Arbeit außerhalb des Viertels, in der

Schule oder bei Kontakten mit Ämtern und anderen Personen der restlichen Stadt sehr deutlich daran erinnert werden, „dass sie gesellschaftlich ganz unten stehen“ (2000: 164). Dies äußert sich zwar weniger in unmittelbarer Diskriminierung wie etwa bei der Stellensuche, jedoch „bleibt das Bewusstsein, in einem ‚besonderen‘ Quartier zu leben, was immer wieder empfindlich aus Bemerkungen Außenstehender registriert wird“ (ebd.). Doch existieren recht unterschiedliche Umgangsweisen und Wirkungsmöglichkeiten eines Gebietsstigmas. Vermehrt lässt sich eine Fokussierung auf das eigene Quartier beobachten, da nur dort eine Chance besteht, Statusbestätigung oberhalb anderer Gruppen zu erlangen (vgl. Keim/Neef 2000: 265). Tobias/Boettner sehen vorwiegend Nachteile in dieser „kulturellen Peripherisierung“, da aufgrund divergierender Normstandards und Wertmaßstäbe Kränkungen und Diskriminierungen außerhalb des Quartiers gemacht oder befürchtet werden, was mögliche Aktivitäten in diesen Bereichen der Stadt hemmt, wenn nicht gar komplett verhindert (vgl. Tobias/Boettner 1992: 90). Ergänzend beobachten Keim/Neef ein ignorierendes Verhalten. Ein schlechtes Bild über das Quartier wird entweder kaum wahrgenommen, da mangels Kontakten im restlichen Stadtgebiet keine Herabwürdigung erlebt wird, oder aber es besteht eine Überidentifizierung mit dem Quartier, mittels dessen man kränkende Bemerkungen blockiert, um letztendlich die eigene Normalität zu betonen. Dies kann jedoch, so Tobias/Boettner, wiederum durch imagebildende Institutionen wie die Massenmedien gefährdet werden, da der individuelle Fokus der Bewohner auf das eigene Quartier und die damit verbundene Ausblendung der stadtteilfernen Öffentlichkeit in Frage gestellt wird. Eine persönliche positivere Selbstscheinätzung auf Basis des quartiersinternen Vergleichs zu den anderen Bewohnern gerät durch negative Berichterstattung ins Wanken. Zwar müssen die Bewohner sich nicht wie im Kontakt mit anderen Personen direkt verhalten, doch kommt die Wahrnehmung negativer Einschätzungen über das Quartier dem Selbstwertgefühl kaum zu Gute (vgl. 1992: 91). Zum anderen spezifizieren Keim/Neef eine Tendenz zur Rechtfertigung des eigenen Wohnstandorts, gerade in der Gruppe mit einer relativ gesicherten Position, die sich gegen Stigmatisierung wehrt, da mitunter die Außenwahrnehmung nicht mit ihrem persönlichem Selbstgefühl und der Innenwahrnehmung des Quartiers übereinstimmt. Weiterhin erkennen die Autoren vor allem für Migranten ein Verhalten des Hinnehmens. Gerade diese Gruppe ist vermehrt mit Diskriminierung bezüglich ihres Migranten- und/oder Armutsstatus konfrontiert, weshalb sich ein Gebietsstigma in diese Erfahrungen einreicht und zusätzlich benachteiligend wirkt (vgl. 2007: 184f).



Gleichwohl stellt sich der Einfluss eines negativen Images auf das schon in der sozialen Dimension beschriebene Abgrenzungsverhalten sehr deutlich dar. Gestring et al. beschreiben eine Distanzierung nach unten gegenüber anderen sozialen Gruppen, denen die Schuld an den Problemlagen des Quartiers zugeschrieben wird (vgl. 2006: 116). Von außen herangetragene Stereotypen werden, begünstigt durch eigene Vorurteile und imagebildende Informationen, auf jeweils andere Bewohnergruppen übertragen. Von diesen grenzt man sich im Bezug auf die eigene positiv gesehene Gruppe ab. Das eigene Wohnumfeld wird durchweg als gut befunden (vgl. Keim/Neef 2007: 177). Doch diese Grenzziehung zwischen der eigenen Lebenssituation und der anderer Gruppen kann sich ebenso auf andere Viertel im Stadtgebiet beziehen: „Man weiß, dass man mit der Siedlung identifiziert wird und grenzt sich vom Quartier mit dem schlechtesten Ruf ab“ (ebd.: 177), was durchaus auch für Gebiete innerhalb des eigenen Stadtteils gelten kann (vgl. Gestring et al. 2006: 116). Insbesondere können Dorsch/Siebert ein solches Verhalten bei eher gesicherten Haushalten beobachten, da eine vermeintliche Anpassung an den Lebensstil derjenigen, dessen Situation als schlechter dargestellt wird, als „Gefährdung der eigenen Bemühungen um Verbesserung bzw. Stabilisierung“ verstanden wird (vgl. 2001: 133). Somit besteht hier, ähnlich wie bei den zuvor genannten Strategien, ein Bewältigungsverhalten. Durch Projektion des vermeintlich schlechten Images von außen auf spezifische Gruppen oder andere Gebiete in oder außerhalb des eigenen Quartiers wird versucht, einen benachteiligenden Effekt zu neutralisieren und das eigene Selbstbild aufrechtzuerhalten.

Ebenso differenziert wie die möglichen Umgangsweisen mit Stigmatisierungserfahrungen stellen sich im Vergleich der Studien die Bewertungen des Quartiers durch die Bewohner dar. Friedrichs/Blasius erkennen eine unterschiedlich ausgeprägte Innenbeurteilung insbesondere im Kontrast türkischer Migranten zu deutschen Bewohnern. Erstere schätzen ihr Quartier oftmals positiver ein (vgl. 2000: 54f).<sup>7</sup> Doch weisen Gestring et al. auch auf einen Großteil der migrantischen Bewohner hin, die negative Fremdbilder als ihren eigenen subjektiven Eindruck übernehmen und sich dementsprechend unwohl im Quartier fühlen und am liebsten wegziehen würden, wenn die Familie nicht vor Ort wäre (vgl. 2006: 115f). In Folge einer eigenen schlechten Bewertung des Quartiers durch die Bewohner ergeben sich nach Keim/Neef auch ganz konkrete Nachteile, wenn Kontaktmöglichkeiten eingeschränkt werden. Beispielsweise haben Kinder aufgrund des schlechten Rufes Vorbehalte, ihre Schulfreunde mit nach Hause zu bringen (vgl. 2007: 186). Allerdings

---

<sup>7</sup> Da die subjektive Einschätzung der Lebensqualität im Quartier wesentlich auch mit der materiellen Ausstattung zusammenhängt, wird dieser Aspekt im folgenden Kapitel nochmals detaillierter aufgegriffen.

können vor allem Kronauer/Vogel in ihrer Studie ein überwiegend positives Bild der Bewohner in beiden von ihnen untersuchten Quartieren festhalten, wobei bezüglich der jeweils quartiersspezifischen Bedingungen in der sozialen und materiellen Dimension differenzierte Akzente hinsichtlich der Beurteilung positiver und negativer Aspekte gesetzt werden, die ein subjektives Gesamtbild über das eigene Quartier erzeugen (vgl. 2004: 246ff). Zudem weisen Keim/Neef darauf hin, dass Urteile über die Wohnumwelt zum einen von der Lebensgeschichte, zum anderen von unterschiedlichen Bedarfslagen, je nach Haushaltskonstellation und Lebensabschnitt, abhängen. Deshalb stellen die Autoren in einer ihrer Studien sowohl positive als auch negative Bewertungen fest. Interessanterweise auch eine Tendenz zu einer besseren Beurteilung eines Quartiers, das im Vergleich zu anderen ein schlechteres Image besitzt (vgl. 2007: 169f).

Diese Ergebnisse können als Indiz interpretiert werden, dass negative Außenbilder nicht immer und nicht auf jeden Bewohner gleichermaßen einwirken, sondern, dass die Beurteilung und die damit verbundene Einschätzung der eigenen Lebensqualität sich entgegen einer Übernahme solcher Images auch konkret an den subjektiv erlebten Bedingungen im Quartier orientieren. Auf diese Weise können bestehende Stigmatisierungen von außen zumindest abgeschwächt werden. Andererseits stellen Tobias/Boettner in ihrer Studie fest, dass das existierende negative Image zum Großteil durch die Bewohner selbst getragen wird, was zur Folge hat, dass niemand sich mit dem Quartier identifizieren will. Dennoch orientiert sich auch dort die Selbsteinschätzung der Lebenssituation stark an den Verhältnissen, in denen die anderen Quartiersbewohner leben. Somit schätzt sich die Mehrheit der von den Autoren Befragten weniger als benachteiligt oder arm ein - jedoch auch hier, um den Preis eines auf das Quartier begrenzten lebensweltlichen Horizonts (vgl. 1992: 54ff).

Die soeben erwähnte Identifikation mit dem eigenen Stadtteil ist jedoch gerade die Ressource, die in der symbolischen Dimension zu einer positiven Bewältigung prekärer Lebenslagen beitragen kann. Anders formuliert wird eben bei einer nicht vorhandenen Identifikation das Quartier als Ballast empfunden, der auf die Qualität der eigenen Lebensumstände drückt und die eigene prekäre Lage verschärft und als Ort sozialer Deklassierung wahrgenommen wird (vgl. Kronauer/Vogel 2004: 255). Keim/Neef bestätigen, dass das Quartier durchaus eine identitätsstiftende Wirkung haben kann, wenn insbesondere benachteiligte Gruppen ausschließlich im eigenen Viertel eine Form von Statusbestätigung erlangen können, da dort ihr Minderheitenstatus oder ihre Armut als Normalität erscheinen (vgl. 2000: 265). Dies trifft vor allem auf diejenigen zu, die sich mit

Diskriminierung von außen abgefunden haben und somit das Quartier als Schutzraum vor Stigmatisierung nutzen können (vgl. ebd.: 270). In diesem Zusammenhang bemerken jedoch Kronauer/Vogel kritisch, dass eine Identifikation mit dem Quartier nicht vor einer negativen Selbsteinschätzung der eigenen Lebenssituation bewahren kann. Das Quartier kann zwar als stabilisierendes Umfeld fungieren, in dem keine direkten Stigmatisierungserfahrungen gemacht werden, doch beseitigt es nicht das bedrückende Gefühl gegenüber der restlichen Gesellschaft benachteiligt zu sein: „Der Schutzraum des quartiersgestützten Milieus verschiebt somit gewissermaßen die Grenzen, an denen die Ausgrenzungserfahrung virulent wird“ (2004: 254). Dies kann unter anderem auch dazu führen, dass die umgebende Stadt nicht nur wie zuvor beschrieben ausgeblendet, sondern als feindlich betrachtet wird. Keim/Neef beobachten dies speziell bei Jugendlichen, die offensiv ‚ihr‘ Terrain gegen ‚außen‘ verteidigen (vgl. 2000: 265). Besonders die räumliche Konzentration des Freundeskreises spielt eine wichtige Rolle für den Grad an Identifizierung. Oberwittler zeigt in seiner Studie, dass je mehr Freunde im eigenen Stadtviertel wohnen, es den Jugendlichen umso besser dort gefällt (vgl. 2003: 159). Hingegen zeigen ältere Bewohner eine eher zurückhaltende Haltung und sind froh, den Belastungen durch Verhaltenszumutungen außerhalb des Quartiers entfliehen zu können (vgl. Keim/Neef 2000: 265). Doch auch im Blick auf die ethnische Differenzierung kann eine symbolische Aneignung des Raums durch eine ethnische Gruppe, wie beispielsweise die Dominanz türkischer Läden entlang der Hauptstraße eines von Keim/Neef untersuchten Quartiers, eine ambivalente Wirkung haben. Einerseits vermitteln solche Gegebenheiten ein Heimatgefühl für die türkischen Migranten, fördern also die Identifizierung mit dem Quartier, andererseits besteht auch hier wieder die Gefahr der Isolation gegenüber der „Außenwelt“ durch eine enklavenartige ethnische Ökonomie (vgl. 2007: 139). Doch stellen all diese Beobachtungen wiederum nur einen Teilausschnitt der Lebenswirklichkeit in benachteiligten Quartieren dar: „Andere Bewohner, die es sich leisten können, typischerweise Alteingesessene und Immigranten der zweiten Generation, wollen fortziehen. Sie erleben die quartierlichen Verhältnisse als unzumutbar - trotz der Toleranz, die sie im Einzelnen aufbringen können“ (ebd.).

### **4.3 Materielle Dimension**

In diesem Abschnitt soll analysiert werden, welche Effekte benachteiligter Quartiere aufgrund der materiellen Ausstattung anhand der vorliegenden Studien erkennbar sind.

Dabei wird insbesondere die Existenz und Nutzbarkeit öffentlicher Plätze und Freizeitangebote, die Beschaffenheit der Wohnungen sowie die kommerzielle, soziale und technische Infrastruktur betrachtet, aus denen zusätzliche Benachteiligungen hervorgehen oder nutzbare Ressourcen zur Verfügung stehen. Im Laufe der Studienauswertung hat sich vor allem die Lage der jeweiligen Quartiere im Stadtgebiet als wesentliches Unterscheidungskriterium benachteiligter Quartiere herauskristallisiert. Dabei werden durchgehend innerstädtische, funktional gemischte und historisch gewachsene Quartiere von monofunktional auf das Wohnen ausgerichteten Großsiedlungen in städtischen Randlagen differenziert, aus denen sich aufgrund ihrer unterschiedlichen materiellen Ausstattung unterschiedliche Ressourcen und Benachteiligungen ergeben (vgl. dazu auch Kronauer 2004: 18 und Häußermann/Kronauer 2005: 605).

Bereits hinsichtlich des Vorhandenseins und der Verfügbarkeit von begrünten Flächen, wie Parks, Gärten, oder anderen öffentlichen Plätzen, die der Freizeit und der Erholung dienen, ergibt sich ein quartierstypischer Unterschied. Unter anderem weisen Herlyn et al. auf einen quantitativ höheren Bestand solcher Gebiete in Großbausiedlungen hin, wohingegen in innenstadtnahen Altbauquartieren das Nichtvorhandensein bzw. die eingeschränkte Nutzung von Freiflächen von den Bewohnern beklagt wird. Grundsätzlich sehen die Autoren im Zugang zu öffentlichen Arealen besonders für marginalisierte Gruppen eine wichtige Bedeutung. Der Zugang ist häufig kostenlos, die Areale befinden sich meist in räumlicher Nähe zum Standort der Wohnung (vgl. 1991: 168). Diese Aspekte stellen nicht unwichtige Bestandteile des Alltagslebens als Plattform für soziale Kontakte und die Lebensqualität dar - sofern die vorgesehene Funktionalität auch gegeben ist. Abgesehen davon, dass aufgrund der höheren baulichen Dichte in Altbauquartieren von vornherein kaum Platz für Grünflächen existiert, können Gestring et al. im Gegensatz zu Herlyn et al. feststellen, dass diese in der von ihnen untersuchten Großsiedlung weder für die individuelle Nutzung noch den öffentlichen Zugang vorgesehen sind. Ebenso sind die vereinzelt öffentlichen Plätze aufgrund ihrer durch Betonbauweise bestimmten Architektur kaum einladend, was gerade Anlässe und Gelegenheiten soziale Kontakte zu knüpfen verhindert. Somit sind die Bewohner vielfach auf ihre Wohnungen beschränkt, in denen auch private Mietergärten die Ausnahme darstellen (vgl. 2006: 106). Im Kontrast dazu sprechen wiederum Keim/Neef in ihrer Studie von positiver baulicher Attraktivität, bedingt durch viele Grünanlagen, in der randstädtischen Großsiedlung (vgl. 2007: 142). Dies unterstreicht trotz der generellen Differenzierung nach Quartierstypen jeweils vorhandene qualitative Unterschiede. Allerdings laufen auch hier die Beurteilungen der

baulichen Eigenschaften des Quartiers durch die Bewohner auseinander. Durchweg scheinen sich vor allem türkische Migranten auch mit einer spärlichen Ausstattung an architektonischen Vorzügen zufrieden zu geben (vgl. ebd.). Auch Friedrichs et al. konnten eine höhere Zufriedenheit der Türken gegenüber den Deutschen feststellen, da oftmals der Vergleich zum Herkunftsort, in dieser Studie vermehrt der Osten der Türkei, zugunsten des doch sichereren, relativ sauberen Quartiers in Deutschland ausfällt (vgl. 2008: 150).<sup>8</sup> Ergänzend stellen auch Dorsch/Siebert in ihrer Studie zu einer Berliner Großbausiedlung die Bedeutung der früheren Lebensumstände in Bezug auf die Sichtweise auf das Quartier in den Vordergrund. Die Autoren konnten ermitteln, dass speziell ostdeutsche Facharbeiter, die schon vor der Wende im untersuchten Berliner Quartier wohnten, eine positivere Einschätzung vertreten, da sie ihren damaligen Umzug in die als modern geltende Plattenbausiedlung als persönlichen Fortschritt empfanden und es heute noch tun (vgl. 2001: 128). Dies zeigt, dass die Benachteiligung der Lebensqualität durch Attraktivität und die Ausstattung und Gestaltung öffentlichen Raums neben der bloßen objektiven Beobachtung auch ein höchst subjektives Moment im Empfinden der Gegebenheiten im Quartier besitzt.

Ein weiteres Problem, das besonders Altbauviertel und den beschriebenen mangelhaft ausgestatteten Großsiedlungstypus betrifft, resultiert aus der schon genannten möglichen Nutzungsbegrenzung. Herlyn et al. konstatieren eine häufige Zweckentfremdung öffentlichen Raums, beispielsweise von Spielplätzen durch Erwachsene, die Verschmutzungen und Zerstörungen nach sich ziehen, wodurch vor allem Lebensräume von Kindern stark eingeschränkt werden (vgl. 1991: 171). Ähnliches beobachten Dorsch/Siebert im Bezug auf Nutzungsgewohnheiten von Aussiedlern, die sich im untersuchten Quartier gerne an öffentlichen Plätzen treffen (vgl. 2001: 128). Diese Verhaltensweisen sind mitunter Ausdruck einer Konkurrenz um die Nutzung des öffentlichen Raums. So kann es insbesondere dazu kommen, dass bestimmte Bewohnergruppen als ein Störfaktor empfunden werden, die den ohnehin begrenzten Lebensraum zusätzlich einschränken und die Nutzungschancen für andere Gruppen zunehmend verringern (vgl. Herlyn et al. 1991: 179).

Weiterhin können Friedrichs/Blasius unabhängig des Quartierstypus eine generelle Kritik der Bewohner an Lärm, Verkehr sowie einer generellen Verwahrlosung des öffentlichen Raums in ihrem Untersuchungsgebiet feststellen, die als konkrete Benachteiligung des

---

<sup>8</sup> Neben dieser These der Kulturbedingtheit vermuten die Autoren ebenso den Status als Migrant oder Fremden als ausschlaggebendes Moment für eine positivere Beurteilung. Wobei hier die Herkunftskultur unbedeutend wäre.

Wohlbefindens der Bewohner zu verstehen ist (vgl. 2000: 52). Insbesondere gehen Friedrichs/Triemer von einer höheren Luftverschmutzung vor allem in den innenstadtnahen Quartieren aus, die wiederum zu erhöhten Morbiditätsraten führt (vgl. 2008: 33).<sup>9</sup>

Der materielle Zustand spielt nicht nur für den öffentlichen Raum, sondern auch für das private Umfeld, also die Wohnung und den direkten Nahbereich, eine Rolle. Mit Blick auf den Quartierstypenvergleich konstatieren Kronauer/Vogel einen guten baulichen Zustand der Wohnungen in dem von ihnen untersuchten Randgebiet, die obendrein sehr kinderfreundlich konstruiert sind. Dies entspricht dem Haushaltstyp der Kleinfamilie mit mindestens einer Erwerbsperson, für den dieser Siedlungstypus errichtet worden ist (vgl. 2004: 250). Dagegen berichten Gestring et al. im gleichen Quartierstyp auch von Wohnungen eher schlechter Qualität, die sich besonders in der geringen Wohnfläche niederschlägt. Eine der dort befragten Migrantinnen „bezeichnet ihre Wohnung als ‚Schrottwohnung‘, die ‚arschkalt‘ sei, und weitere fünf Migranten schätzen ihre Wohnung als renovierungsbedürftig ein“ (2006: 107). Neben der Beschaffenheit der Wohnung spiegelt sich die Wohn- und die damit verbundene Lebensqualität nach Herlyn et al. auch in der Beziehung zum jeweiligen Vermieter wieder. Die Autoren ermitteln, dass Bewohner von Wohnungen, die durch eine größere Stadtbaugesellschaft verwaltet werden, oftmals mit langsamen und qualitativ schlechten Leistungen leben müssen. Dies betrifft vor allem Reparaturen, die hingegen von privaten Vermietern schneller und besser durchgeführt werden (vgl. 1991: 105). Ergänzend können Keim/Neef ein häufig zum Nachteil der Bewohner gestaltetes Wohnumfeld durch Wohnungsbaugesellschaften und Hausbesitzer feststellen. Beispielsweise herrscht vermehrt eine Verschmutzung der Müllplätze, da Müllcontainer ungünstig platziert und damit für Kinder oder Senioren schlecht erreichbar sind (vgl. 2007: 132). Neben einer Benachteiligung durch Lärm, hervorgerufen durch die hellhörige Bauweise gerade der Großbauten in den Randsiedlungen (vgl. ebd.: 132), weisen die Autoren darauf hin, dass die dünnen Mauern und Zwischenwände solcher Wohnungen auch eine zusätzliche finanzielle Belastung durch erhöhte Heizkosten verursachen (vgl. ebd.: 140). Doch auch die individuellen Verhaltens- und Handlungsweisen mit nachteiligen Wohnsituationen umzugehen entscheiden darüber, wie benachteiligend sie subjektiv wirklich wirken. Tobias/Boettner unterscheiden in ihrer Studie zwischen Haushalten, die versuchen ihre Wohnung dem vermeintlichen Standard

---

<sup>9</sup> Wahrscheinlich haben die Autoren recht, dass aufgrund hohen Verkehrsaufkommens im Innenstadtbereich eine erhöhte Belastung durch Abgase etc. besteht. Inwiefern dies allerdings als Spezifikum für benachteiligte Quartiere zu sehen ist, bleibt unklar.

der Mehrheitsgesellschaft durch vielerlei Improvisationen anzupassen, und denen, die auf jegliche Wohnkultur verzichten und ein eher zweckmäßiges Verhältnis zu ihrer Wohnung im Stil einer Lagerstätte pflegen (vgl. 1992: 62ff). Jenseits solcher persönlicher Bewältigungsstrategien, die dazu dienen Effekte des Quartiers abzufedern, weisen Herlyn et al. darauf hin, dass auch bei mangelhafter Bewertung der eigenen Wohnverhältnisse, die sonstige Ausstattung des Quartiers eine kompensatorische Funktion erfüllen kann. Erst, wenn beides, Wohnung und Umfeld, als unzureichend empfunden werden, ist von einer deutlichen Minderung an Lebensqualität zu sprechen, der aufgrund der Unmöglichkeit des Wegzugs aus finanziellen Gründen nicht mehr ausgewichen werden kann (vgl. 1991: 107). Gerade dann schlägt sich die fehlende Mobilität als Ausdruck einer benachteiligten Lebenslage deutlich nieder.

Aufgrund der augenscheinlichen Bedeutung ökonomischer Ressourcen spielt die kommerzielle Infrastruktur eine entscheidende Rolle im Quartier, da sie darüber bestimmt, inwiefern sich bei einer generell niedrigeren Kaufkraft in benachteiligten Quartieren die Bewohner versorgen können und auch inwieweit ein Angebot an formellen oder auch informellen Arbeits- oder Jobmöglichkeiten existiert. Zudem ist die Existenz kommerzieller Angebote wie Kneipen, Restaurants oder anderer Treffpunkte von Bedeutung für den Aufbau und Pflege sozialer Beziehungen. Allerdings entbehren auch diese Aspekte nicht einer gewissen Ambivalenz. Insbesondere Schwarzarbeit als Ressource erscheint im ersten Blick als wertvolle Stütze, da sie die Möglichkeit aus der Wohnung zu kommen und soziale Beziehungen einzugehen fördert. Vor allem das Gefühl gebraucht zu werden wirkt sich positiv auf Zufriedenheit und Selbstwertgefühl aus (vgl. Herlyn et al. 1991: 205f). Auch besonders für Männer, die der Rolle des Familienernährers verhaftet sind, bewirkt informelles Zuverdienen eine erhöhte Selbstbestätigung, wohingegen Frauen sie als notwendige Budgetaufbesserung betrachten (vgl. Tobias/Boettner 53f). Auf den zweiten Blick weist jedoch Kapphan darauf hin, dass Schwarz- und auch Gelegenheitsarbeit kaum soziale Ausgrenzung verhindert. Zwar bieten diese Beschäftigungsmöglichkeiten einen finanziellen Zuverdienst, doch täuscht dies nicht über die gesellschaftliche Geringschätzung solcher Tätigkeiten hinweg (vgl. 2002: 169). Zudem sehen Dorsch/Siebert vor allem die Nutzbarkeit für Migranten solcher Erwerbsangebote kritisch, da sie bei prekärem Aufenthaltsstatus ein zu hohes Risiko darstellt (vgl. 2001: 131). Aber auch wegen generell befürchteter staatlicher Sanktionen aufgrund der Meldepflicht des Zuverdienstes bei Transferbezug lassen viele Bewohner aus Angst vor Aufdeckung von Schwarzarbeit ab (vgl. Herlyn et al. 1991: 204). Hinsichtlich des

freizeitbezogenen Angebots können sich auch Probleme ergeben, da dieses häufig auf spezielle Zielgruppen zugeschnitten ist. Dadurch bilden sich entsprechende Zugangsbarrieren vor allem für marginalisierte Gruppen heraus. Beispielsweise stößt man besonders in Gaststätten auf ein sozial eher homogenes Publikum, was sich aufgrund des sozialen Gefälles und die damit verbundenen Vorbehalte und Diskriminierungsängste der genannten Bewohnergruppe nutzungshemmend auswirken kann - nicht zuletzt natürlich auch durch fehlende finanzielle Ressourcen. Hier ist nicht das Fehlen der Infrastruktur, sondern die Einschränkung von Nutzungsmöglichkeiten ein Faktor zusätzlicher Benachteiligung (vgl. Herlyn et al. 1991: 170). Ungeachtet der Vorteile eines ausdifferenzierten Konsumangebots für Haushalte, die, wenn auch im Niedriglohnbereich, erwerbstätig sind, spielt die kommerzielle Infrastruktur auch für die in Armut lebenden Bewohner eine Rolle. Tobias/Boettner zeigen in ihrer Studie, dass die Notwendigkeit des ständigen Preisvergleichs und der damit verbundene Aufwand der „Pirsch“ nach Angeboten, neben der objektiven Benachteiligung, auch in positiver Weise als strukturgebendes Element des Tagesablaufs auf das subjektive Selbstbewusstsein einwirken kann. Insbesondere auch, wenn sich ältere Menschen auf ihre physische Mobilität berufen können und somit ein Aspekt von Eigenständigkeit, natürlich auf einem niedrigen Level, bewahrt werden kann (vgl. 1992: 78).

Betrachtet man weiterhin die allgemeine Ausstattung im kommerziellen Bereich, so liefern die Studien zum größten Teil ähnliche Resultate. Kronauer/Vogel bestimmen auch hier wieder generelle quartierstypische Unterschiede. Die Großbausiedlung in ihrer Studie weist fast keine stadtteilbezogene Ökonomie auf, die Chancen auf Gelegenheitsarbeit oder auch soziale Anlaufpunkte bereitstellen könnte. Ursächlich dafür sieht Kapphan die monofunktionale Ausrichtung als „Schlafstadt“, die, wie schon erwähnt, ursprünglich in erster Linie für erwerbstätige Haushalte mit quartiersexternen Arbeitsplätzen konzipiert wurde (vgl. 2002: 147). Hingegen bietet das von den Autoren untersuchte innenstadtnahe Altbauquartier häufiger Erwerbsmöglichkeiten und Raum für Schwarzarbeit (vgl. 2004: 251). Weiterhin können Gestring et al. für ihren randstädtischen Stadtteil eine Benachteiligung konstatieren, da es auch dort kaum nahräumliche Verdienstmöglichkeiten und so gut wie keine anderweitigen Strukturen gibt, die soziale Kontakte begünstigen könnten. Die Konsummöglichkeiten sind wenig abwechslungsreich und können spezielle Bedürfnisse nicht abdecken (vgl. 2006: 107). Vor allem die fehlenden spezifischen Dienstleistungs- und Warenangebote für die ökonomisch benachteiligten Bewohner, wie Secondhandläden oder Waschsalons sieht Kapphan als zusätzlichen



Benachteiligungsfaktor der Großbausiedlung am Stadtrand (vgl. 2002: 152). Im Gegensatz dazu birgt die funktionale Mischung des innerstädtischen Quartiers, die unter anderem Ausdruck in einem breiten Angebot an Supermärkten, Geschäften und Gastronomie findet, vielfältigere Möglichkeiten Jobs zu erlangen und Kontakte zu pflegen (vgl. ebd.: 120). Ergänzend können Herlyn et al. auch auf die günstigen baulichen Bedingungen der Altbauquartiere mit Hinterhöfen, ungenutzten Garagen oder ehemaligen Gewerbeflächen, als Vorteile dieses Quartierstypus verweisen, die so informelle Ökonomie begünstigen können (vgl. 1991: 199). Keim/Neef sehen in der Ermangelung städtebaulichen Charmes des von ihnen untersuchten Altbauquartiers in Nähe zur Innenstadt einen Grund für das Ausbleiben quartiersexterner Kunden, was auch durch illegale Aktivitäten wie Drogenverkauf verfestigt wird (vgl. 2007: 137). Dennoch bietet dieser Quartierstyp gerade das, was der Randsiedlung fehlt: „Neben der überall vorzufindenden Palette von Alltags- und Spezialbedarfen finden sich Ketten-Discounter und etliche Second-Hand-Angebote (Kinderkleidung, Sonderposten, An- und Verkauf, Haushaltsauflösungen)“ (ebd.: 138). Genauso befinden Dorsch/Siebert anhand ihrer Befragungen dieses ausdifferenzierte Angebot, das sich an die Bedürfnisse benachteiligter Bewohner orientiert, als Ressource im Umgang mit nur geringen eigenen finanziellen Mitteln (vgl. 2001: 130f).

Als weiteres Element der materiellen Dimension ist die soziale Infrastruktur benachteiligter Quartiere zu betrachten. Auch hier ist die Quantität und Qualität der Ausstattung mit entsprechenden Einrichtungen des Staates oder auch von Verbänden, und vor allem der Aspekt an wen sich das Angebot richtet, dafür entscheidend, inwieweit sie als Ressource genutzt werden können bzw. wie stark Benachteiligungen durch das Fehlen entsprechender Angebote entstehen. In der von Kronauer/Vogel untersuchten Randsiedlung existieren vornehmlich Betreuungseinrichtungen für Kinder, Jugendliche und Senioren (vgl. 2004: 247). Dies klingt zunächst positiv, doch wirkt sich auch hier der Zuschnitt auf bestimmte Zielgruppen, der durch die eigentliche funktionale Ausrichtung des Quartiers bestimmt wird, auf andere Bewohnergruppen ausgrenzend aus. In diesem Fall sind es die arbeitslosen Männer, denen, wie in Kap. 4.1 beschrieben, neben der fehlenden Rollenzuschreibung, auch ein spezifisches infrastrukturelles Angebot fehlt. Letztlich wird dann gerade von dieser Gruppe das Quartier als Ort sozialer Isolation empfunden (vgl. 2004: 251). Doch ebenso existieren auch frauenspezifische Benachteiligungen durch das Fehlen entsprechender Einrichtungen. Herlyn et al. erkennen im Falle mangelnder Ausstattung an Kindergärten bzw. an verfügbaren Plätzen ein grundsätzliches Problem für von vornherein schon sozioökonomisch schwache Haushalte.

Zum einen befinden sich Ausweichmöglichkeiten in anderen Stadtteilen aufgrund der eingeschränkten Mobilität und des damit verbundenen finanziellen Aufwands nicht im Bereich des Möglichen. Zum anderen wird dadurch besonders in Familienhaushalten die Rolle als Hausfrau bestärkt, da die Erziehungsarbeit komplett in den privaten Bereich verlagert werden muss. Als Konsequenz wird ein Zuverdienst der Frau behindert oder ganz unmöglich gemacht (vgl. 1991: 174f). Hinzu kommt der Wegfall sozialer Anknüpfungspunkte für weitere private Kontakte, die besonders für Alleinerziehende sehr wichtig sind (vgl. Herlyn et al. 1991: 148). Weitere gruppencharakteristische Effekte sind mit Blick auf Migrantenhaushalte erkennbar. Gestring et al. können trotz eines großen Angebots an sozialer Infrastruktur eine geringe Nutzung dieser durch die befragten Migranten feststellen. Einerseits fehlt einfach der Bedarf aufgrund einer im Vergleich zu anderen Quartiersbewohnern recht soliden ökonomischen und familiären Situation. Andererseits sind es oftmals sprachliche Barrieren, die sich hemmend auswirken. Die subsidiäre Einstellung zu Problemlösungen, die dazu führt, dass ein Einbeziehen fremder Dritter selten überhaupt in Betracht gezogen wird, ist ein weiterer Punkt (vgl. 2006: 109). Ähnlich verhält es sich auch, wenn neben wenigen staatlichen Wohltätigkeitseinrichtungen vermehrt ein Vereinsleben und kulturelles Angebot besteht. Auch hier spielt die Frage nach den Zielgruppen die entscheidende Rolle. Aufgrund des Zuschnitts auf ein alternatives und studentisches Publikum, wodurch die Interessen der Migranten weniger bedient werden, nehmen die in von Gestring et al. befragten Migranten kaum Notiz und können das Angebot entsprechend kaum nutzen (vgl. 2006: 120f).

Abschließend ist natürlich auch die verkehrstechnische Infrastruktur nicht zu vergessen. Gerade für die Großsiedlungen am Stadtrand ist dies aufgrund ihrer Randlage von Bedeutung. So wird dort nach Herlyn et al. die Verkehrsanbindung vor allem von älteren Bewohnern, die aufgrund ihrer körperlichen Konstitution eine verstärkte Immobilität aufweisen, im Verhältnis zu innerstädtischen Altbauquartieren öfter als mangelhaft eingeschätzt (vgl. 1991: 168). Doch konstatieren Keim/Neef für ihr Quartier eine gute Straßenbahnanbindung (vgl. 2007:142), genau wie Kronauer/Vogel den Anschluss ans städtische U-Bahnnetz und auch verkehrsberuhigte Zonen als positives Merkmal der randstädtischen Siedlung herausstellen (vgl. 2004: 247). Auch Gestring et al. bescheinigen der von ihnen untersuchten Großsiedlung eine gute Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr (vgl. 2006: 107). Somit scheint es, dass zumindest das Angebot technischer Infrastruktur ausreichend vorhanden ist. Auf die Frage, inwiefern es überhaupt genutzt

wird oder genutzt werden kann, wird in den vorliegenden Studien, neben dem Hinweis von Herlyn et al. auf die Bedeutung des Lebensalters, nicht weiter eingegangen.

#### **4.4 Politische Dimension**

Der letzte Abschnitt dieses Kapitels befasst sich nun mit der Frage, inwiefern sich zusätzliche Benachteiligungen oder auch Ressourcen auf politischer Ebene in benachteiligten Quartieren feststellen lassen. Im Laufe der Studienlektüre hat sich, neben den sozialstrukturellen Bedingungen, wie ein hoher Migrantenteil ohne Wahlberechtigung, vor allem die Repräsentanz in der Stadtpolitik als relevant herauskristallisiert. Ebenso wichtig ist das allgemeine politische Vertrauen als Gradmesser des Gefühls überhaupt von der Politik wahrgenommen zu werden. Dieses Vertrauen ist Voraussetzung und bestimmender Faktor für politische Eigeninitiative.

Häußermann et al. weisen zunächst darauf hin, dass auf kommunaler Ebene, ohne Anerkennung des jeweiligen Stadtviertels als Ort politischer Gestaltung und ohne Vertrauen in institutionalisierte Mechanismen durch die Bewohner, kaum eine integrative Wirkung in der politischen Dimension entfaltet werden kann (vgl. 2004: 40). Die Autoren stellen fest, dass nicht ausschließlich die sozioökonomische Situation der Bewohner ausschlaggebend für den Grad politischen Vertrauens ist, sondern auch die stadtspezifische Situation in der lokalen Politik. Im Vergleich mit privilegiierteren Stadtvierteln erkennen die Autoren allerdings einen signifikant niedrigeren Vertrauensgrad, weshalb sie davon ausgehen, dass dieser sowohl von der sozialen Position als auch von der jeweiligen lokalpolitischen Situation bestimmt wird (vgl. ebd.: 40ff). Auch Kapghan stellt in diesem Zusammenhang eine verbreitete Resignation unter den Bewohnern in prekärer Lebenslage fest: Sie „fühlen sich von der Politik im Stich gelassen und versprechen sich von Wahlen keine Einflussmöglichkeiten“ (2002: 151). Dies lässt vermuten, dass, aufgrund des generell niedrigeren sozioökonomischen Niveaus, dieser Mangel ein Spezifikum solcher Quartiere darstellt.

Häußermann et al. können vor allem einen wesentlichen Zusammenhang zwischen Bildung, gemessen am Schulabschluss, und Vertrauen in die Kommunalpolitik feststellen (vgl. 2004: 42). Dies verdeutlicht die Bedeutung kulturellen Kapitals in der politischen Dimension, da das Vertrauen in institutionalisierte Mechanismen, also der Glaube an Einflussmöglichkeiten und Funktionstüchtigkeit demokratischer Instanzen, eine Voraussetzung ist für die politische Organisationsfähigkeit, z. B. in Form von politischen

Vereinen oder Bürgerinitiativen (vgl. ebd.: 38). Jedoch bedeutet dies nicht, dass in allen benachteiligten Quartieren ein Defizit dieser Kapitalsorte bestehen muss. Einerseits können Gestring et al. in einem von ihnen untersuchten Quartier ein geringes Interesse von Migranten an politischen Entscheidungsprozessen als Ausdruck fehlenden kulturellen Kapitals feststellen. In diesem Quartier existiert keine politische Selbstorganisation, sondern nur Einrichtungen des Staats oder von Wohlfahrtsverbänden, weshalb auch hier das Fehlen spezieller Strukturen als Benachteiligung betrachtet werden kann (vgl. 2006: 112). Andererseits erkennen die Autoren in einem weiteren Quartier, aufgrund einer anderen Sozialstruktur, die teils auch Studenten oder sogar Akademiker beinhaltet, ein hohes kulturelles Kapital, von dem die schwächeren Bewohner, in dieser Studie die türkischen Migranten, profitieren können. Jedoch wird auch darauf hingewiesen, dass nicht unbedingt eine Interessengleichheit mit denjenigen, die über politisches Durchsetzungspotenzial verfügen, bestehen muss. Beispielsweise ist der Anteil von Familien in der Bewohnergruppe mit hohem kulturellem Kapital deutlich geringer. Im Gegensatz dazu sind in den türkischen Familien andere politische Ziele, wie Kinderfreundlichkeit des Stadtteils, zu vermuten (vgl. ebd.: 125). Abgesehen von möglichen Deckungsungleichheiten der politischen Interessen können insofern verbliebene interne Eliten als eine eher indirekte Ressource für die Artikulation politischer Zielvorstellung dienen, da die benachteiligte Gruppe dieser Studie den Initiativen eher distanziert begegnet und nicht aktiv daran teilnimmt. Zum einen, weil sie aufgrund ihres sozialen Status nun nicht zur Zielgruppe derer gehören, die höheres kulturelles Kapital aufweisen. Zum anderen zeigen die Migranten auch dort kaum Interesse, sich außerhalb von Beruf und Familie zu engagieren (vgl. ebd.: 124).

Neben diesen Aspekten wird ebenso eine enge Verbindung mit der sozialen Dimension deutlich. Häußermann et al. konstatieren einen Zusammenhang zwischen dem politischen und dem sozialen Vertrauen, besonders hinsichtlich der Einbindung in soziale Netzwerke: „In gewisser Weise bestätigt sich hier die These, dass Vertrauen zwischen den Mitbürgern auf horizontaler Ebene eine positive Voraussetzung für die Generalisierung des Vertrauens auf der vertikalen Ebene des politischen Vertrauens sein kann“ (2004: 44). So sehen die Autoren diese Relation als einen „Hinweis auf ein komplexes Einstellungssyndrom, in dem sich Sicherheits- oder Unsicherheitsgefühle hinsichtlich des sozialen Nahraums aus verschiedenen Quellen mit den politischen Einstellungen verbinden“ (ebd.). Daher fungieren soziale Netzwerke somit auch als Ressource für politisches Vertrauen und die sich daraus ergebende generelle Bereitschaft zu politischer Partizipation. Folgt man diesem

Zusammenhang, so lässt sich auch hier wiederum eine Benachteiligung bei fehlenden bzw. unzureichenden Netzwerkstrukturen vermuten. Aufgrund dessen erscheint es wiederholt unmöglich Regelmäßigkeiten zu bestimmen und ebenso notwendig, die jeweiligen Strukturen der je benachteiligten Quartiere zu analysieren, um Ressourcen oder zusätzliche Benachteiligungen auch in dieser Dimension zu erkennen. Erschwert wird dies zudem durch aktuell brisante politische Themen, die jeweils Einfluss auf kommunalpolitisches Vertrauen nehmen. So beschreiben Häußermann et al. sehr abweichende Ergebnisse hinsichtlich des Vertrauensgrades in verschiedenen benachteiligten Quartieren in unterschiedlichen deutschen Städten, welche die eingangs erwähnte Erkenntnis über die Relevanz der ortsspezifischen politischen Situation untermauern (vgl. 2004: 44f).

Der zweite Gesichtspunkt der politischen Dimension betrifft die spezifische Repräsentation benachteiligter Quartiere in der Stadtpolitik. Dabei scheint das subjektive Befindenden der Bewohner, also wie sie sich überhaupt repräsentiert fühlen, eine Rolle zu spielen. Weiterhin muss beachtet werden, in welchem Ausmaß objektive politische Repräsentation zu erkennen ist. Als erster Anhaltspunkt für die Beurteilung der stadtpolitischen Aufmerksamkeit durch die Bewohner dient dabei die Wahlbeteiligung. Kapphan konstatiert in seinem Untersuchungsgebiet, dass noch nicht mal 60% der Bewohner zur letzten Wahl gegangen sind: „Über die Hälfte der Bewohner hatte also entweder kein Interesse oder kein Recht, sich an der Wahl politischer Repräsentanten zu beteiligen“ (2002: 151). Durch diese geringe Wahlbeteiligung verlieren die entsprechenden formellen politischen Institutionen an Legitimation und so auch an Integrationskraft (vgl. ebd.). Auch Gestring et al. stellen in einem von ihnen untersuchten Quartier einen niedrigen Prozentsatz an Wahlgängern, einhergehend mit einem vergleichsweise geringen Anteil an Wahlberechtigten, fest (vgl. 2006: 112f). Insofern scheint hier ein Defizit in der subjektiven Repräsentanzwahrnehmung zu herrschen, das seinen Ausdruck in der niedrigen Wahlbeteiligung findet. Gestützt wird diese Einschätzung durch die Beobachtung von Häußermann et al., dass in den von ihnen untersuchten Gebieten die Auffassung vorherrscht, von den verantwortlichen Politikern werde sowieso nicht genügend getan. Dies allerdings wird wiederum durch Wahrnehmungen und die Interpretation aktueller politischer Ereignisse beeinflusst. So lassen sich wohl kaum allgemeingültige Aussagen treffen. Höchstens die, dass sich im Vergleich zu privilegierten Quartieren dieser Studie die Beurteilung der politischen Repräsentanz auf einem niedrigerem Niveau bewegt (vgl. 2004: 46f). Die Autoren erkennen hier besonders auch einen Einfluss von Aspekten der materiellen Dimension auf die persönliche Bewertung:

„In ergänzenden qualitativen Bewohnerinterviews hat sich gezeigt, dass hier vor allem der bauliche Zustand des Gebiets und das Vorhandensein von Graffiti eine große Rolle spielt“ (ebd. 49). Doch auch die befragten Migranten in der Studie von Gestring et al. versprechen sich keine Verbesserung ihrer Lebenslage durch die Politik (vgl. 2006: 112). So gesehen liegt zumindest die Vermutung nahe, in benachteiligten Quartieren herrsche ein subjektives Gefühl der Vernachlässigung durch die Politik, welches hinsichtlich einer damit verbundenen Perspektivlosigkeit durchaus als zusätzliche Benachteiligung verstanden werden kann.

Doch bleibt die Frage offen, wie es um die Repräsentanz tatsächlich bestellt ist und ob eine Benachteiligung durch politische Ausgrenzung erkennbar ist. Diese ist insbesondere für die Quartiere interessant, die keine verbliebenen Eliten mit hohem kulturellem Kapital vorweisen können und dementsprechend eine geschwächte politische Durchsetzungskraft besitzen. Gestring et al. kommen zu dem Schluss, dass dieser Mangel in dem von ihnen untersuchten Quartier keine objektive Vernachlässigung durch die Politik der Stadt nach sich zieht. Gründe dafür sehen die Autoren in den handfesten finanziellen Interessen der Stadt: „Der Wohnungsbestand der Großsiedlung befindet sich überwiegend im Besitz der städtischen Tochtergesellschaft, sodass die Stadt ein großes Interesse daran hat, diesen Bestand und das gesamte Quartier für die Wohnungssuche attraktiv zu gestalten“ (2006: 113). Des Weiteren trägt die mediale Berichterstattung dazu bei, dass das Quartier nicht aus dem Blickfeld des lokalen öffentlichen Interesses und somit auch nicht aus der Stadtpolitik gerät. Die Tradition sozialstaatlicher Interventionen auf kommunaler Ebene lässt gleichermaßen benachteiligte Stadtviertel nicht in politische Vergessenheit geraten (vgl. ebd.). Dennoch weisen Häußermann et al. im Blick auf die, wie auch in dieser Arbeit beschriebenen, benachteiligenden Effekte, darauf hin, dass die Ergebnisse politischen Handelns trotz objektiv gleicher Repräsentation im innerstädtischen Vergleich nicht in dem Maße ausfallen, wie die Bewohner es sich wünschen würden: „Um dies [die benachteiligenden Effekte] zu ändern, wären umfassende Interventionen in das Bildungssystem und aufwändige soziale Kompensationsmaßnahmen notwendig. Das hätte nicht nur eine strukturverändernde Politik auf kommunaler Ebene zur Voraussetzung, sondern übersteigt den Handlungsrahmen der kommunalen Politik“ (2004: 53).

Gleichwohl erkennen Häußermann et al. eine Solidarbereitschaft und positive Einstellungen im Bezug auf einen gesamtstädtischen Sozialausgleich der Bewohner, auch in den besser gestellten Vierteln der von ihnen untersuchten Städte. Hier sehen die Autoren politisch-moralische Grundlagen und einen gesellschaftlichen Rückhalt für eine integrative

Politik, die von den Repräsentanten jedoch nur in geringem Maße wahrgenommen werden und in politischen Entscheidungen keine Umsetzung finden (2004: 53f).

So gesehen scheinen benachteiligte Quartiere allenfalls aus objektiver Perspektive politisch nicht benachteiligt zu sein. Jedoch werden ebenso wenig potenzielle Ressourcen, die sich aus den Einstellungsmustern einschließlich der gesamtstädtischen Bewohnerschaft ergeben, von der Stadtpolitik wahrgenommen. Somit wird verhindert, dass diese Ressourcen zu einer Besserung der Lebenslagen beitragen können.

## 5. Resümee

Im Laufe dieser Arbeit hat sich gezeigt, dass sich die Lebenswelt der Bewohner benachteiligter Quartiere hinsichtlich der Möglichkeiten prekäre Lagen zu bewältigen, aber auch benachteiligenden Effekten ausgesetzt zu sein, in sehr viel differenzierterer Form darstellt, als es auf den ersten Blick erscheint. Das benachteiligte Quartier als Typisierung einer bestimmt gearteten Sozialstruktur mit einem überdurchschnittlichen Anteil an Haushalten in sozioökonomisch prekärer Lage kann recht unterschiedliche Effekte in unterschiedlichem Ausmaß auf unterschiedliche Bewohnergruppen haben. Um ein abschließendes Fazit geben zu können, werden im Folgenden die zentralen Kernpunkte der einzelnen Dimensionen hinsichtlich dieser ersten Feststellung reflektiert und anschließend in Bezug zu den erläuterten Bewertungsperspektiven benachteiligter Quartiere gesetzt.

Besonders wird die erwähnte Differenziertheit in der sozialen Dimension deutlich. Vor allem die Identifikation verschiedener Nachbarschaftstypen, von Anonymisierung bis hin zu integrativen Solidargemeinschaften, verdeutlichen, dass keineswegs einheitliche Milieus, sondern eine Vielzahl von Netzwerkstrukturen in benachteiligten Quartieren vorzufinden sind. Aber auch hinsichtlich der Frage sozialen Lernens hat sich gezeigt, dass genau bestimmt werden muss, auf wen solche Effekte wirken. Wie dargestellt, haben Einstellungen zu abweichendem Verhalten und auch Orientierungsmuster bezüglich der Arbeitsethik als Ausdruck herrschender Normen verschiedene Ausprägungen in der Gruppe der Migranten, der erwachsenen Deutschen und den Jugendlichen insgesamt. Genauso lassen sich verschiedene Haushaltstypen in benachteiligten Quartieren beschreiben, die wiederum in unterschiedlichster Art und Weise mit Quartiereffekten umgehen. In diesem Zusammenhang ist die zentrale Erkenntnis in dieser Dimension, dass eine wirkliche Verschärfung der Benachteiligung nur in den Fällen festzustellen ist, in

denen sich soziale Isolation und daraus resultierend eine fortlaufende Marginalisierung eingestellt hat. Für diese Menschen stellt sich das Quartier als echte Sackgasse dar, aus der zu entkommen äußerst schwierig ist. Alle anderen Gruppen scheinen Strategien zu entwickeln, die zumindest eine solche Abwärtsspirale abbremsen oder verhindern können. Zudem sind gerade die Effekte sozial homogener Netzwerke eher als zwiespältig zu betrachten. Einerseits können sich, wie gezeigt, durchaus Möglichkeiten zur Nutzung von Ressourcen ergeben, andererseits schwebt beständig das Damoklesschwert der Abschottung nach außen über diesen Beziehungskreisen, wobei hier ebenfalls die erläuterten ethnisch-spezifischen Unterschiede zu beachten sind.

Nicht weniger differenziert gestalten sich die Ergebnisse in der symbolischen Dimension. Verschiedene Bewältigungsstrategien und die Erkenntnis, dass das eigene Image des Quartiers eine höchst individuelle Angelegenheit sein kann, weisen darauf hin, dass auch in dieser Dimension keine einheitlichen Effekte erkennbar werden, die das benachteiligte Quartier ausschließlich zu einem Ort zusätzlicher Benachteiligung werden lassen. Zunächst gilt hier die Frage, ob überhaupt und wenn, in welchem Ausmaß, Stigmatisierung vorhanden ist. Der wichtigste Aspekt in Quartieren, die durch ein negatives Image belastet sind, ist wieder die Abschottung gegenüber der quartierlichen Außenwelt, die auch hier wieder als Ressource verstanden werden kann, aufgrund der Chance zur Statusbehauptung. Dies sollte allerdings im Blick auf die Perspektiven der Integration in die Mehrheitsgesellschaft weiterhin kritisch beurteilt werden. Wie erläutert, kann auch eine Identifikation mit dem Quartier vor einem generellen Bewusstsein eigener Benachteiligung nicht schützen. Insbesondere die Vorstellung, dass eine auch von den Medien unberührte und absolute Fokussierung auf das Quartier vorherrscht, erscheint recht einseitig. Vielmehr wirkt es plausibel, dass lediglich Grenzen zur unmittelbaren Stigmatisierungserfahrung gesetzt werden können, weshalb ein bestehendes negatives Image in jedem Fall eine belastende und benachteiligende Wirkung hat. Jedoch unterscheidet sich die Intensität je nach Bewältigungsstrategie und eigener sozialer Position.

In der materiellen Dimension ist besonders die Lage bzw. der Quartierstypus das entscheidende Differenzierungskriterium. Im Gros der Ergebnisse bieten innenstadtnahe Altbauquartiere hinsichtlich der infrastrukturellen Ausstattung mehr Ressourcen als die Großsiedlungen am Stadtrand. Aber auch hier hat sich gezeigt, dass nicht alle Bewohner gleichermaßen profitieren können. Beispielsweise fehlen in einem Quartier spezifische soziale Einrichtungen für Migranten, die diese, wenn es sie doch gibt, kaum wahrnehmen. Oder es existieren in einem anderen Viertel Zugangsbarrieren für marginalisierte



Bewohner im kommerziellen Bereich, wie Gaststätten oder Kneipen. Auch die Nutzbarkeit öffentlicher Plätze und Freizeitangebote wird von baulichen Mängeln und der Konkurrenz verschiedenster Gruppen eingeschränkt. Somit kann in dieser Dimension vor allem das Fehlen spezifischer infrastruktureller Einrichtungen und eine defizitäre Ausstattung als Benachteiligung gesehen werden. Ein solcher Mangel hat wiederum Auswirkungen auf die Chancen soziale Kontakte zu knüpfen, die spezifische Unterstützungsleistungen erbringen könnten, sowie auch auf das symbolische Empfinden, das sich auf die Selbstwahrnehmung niederschlägt und letztendlich Handlungsoptionen beeinflusst. So gesehen sind unmittelbare Effekte der materiellen Dimension weniger zu erkennen. Vielmehr stellt sie den notwendigen Unterbau der anderen Dimensionen dar, der je nach den quartierspezifischen Gegebenheiten zusätzliche Benachteiligungen und Ressourcen bieten kann.

Die Ergebnisse der politischen Dimension unterstreichen letztlich die sich darbietende Ambivalenz benachteiligter Quartiere. Unter objektiv-beobachtender Perspektive ergeben sich kaum Benachteiligungen, was die formale Repräsentanz der Quartiere in der Stadtpolitik betrifft, da sie in vielerlei Hinsicht nicht aus dem Fokus des öffentlichen Interesses geraten. Jedoch ergeben sich Defizite in der innerquartierlichen Perspektive. Selbst bei vorhandenen Trägern kulturellen Kapitals ist die Berücksichtigung der Interessen vieler Quartiersbewohner eher fraglich. Besonders die häufige Distanz und Politikverdrossenheit der Bewohner, die sich in niedriger Wahlbeteiligung widerspiegelt, spricht für ein subjektives Empfinden auch politisch benachteiligt zu sein und führt zu einer geminderten Durchsetzungskraft. Deshalb stellt sich hier die Frage, welche Rolle es überhaupt spielt, dass die Repräsentanz objektiv nicht sonderlich gemindert ist, wenn doch die Bewohner ein subjektives Gefühl der Vernachlässigung ihrer Interessen in sich tragen. Vor allem das Resultat, dass in vielen Städten eine erhöhte Bereitschaft zum Sozialausgleich herrscht, stellt in dieser Dimension eine potenzielle Ressource dar, die leider von den politischen Entscheidungsträgern nicht wirklich wahrgenommen wird.

Welche Folgerungen lassen sich nun daraus ziehen, wenn man versucht eine Gesamteinschätzung benachteiligter Quartiere zu treffen, wie es schon in der Stadtanierungsdebatte getan wurde? Wie in Kap. 2.2 beschrieben, existieren Bewertungsansätze im Spektrum zwischen der Betonung massiver Rückständigkeit und emanzipierter Alternativkultur. Anhand der Studienergebnisse muss man zu dem Schluss kommen, dass hier ein „entweder oder“ kaum angebracht ist. Vielmehr haben benachteiligte Quartiere sowohl Facetten der zusätzlichen Benachteiligung, aber auch viele

subkulturelle Strukturen, gerade in der sozialen Dimension in Form von verschiedenen Netzwerktypen, die maßgeblich unterstützend wirken. Deshalb stellt sich weniger die Frage, ob Ressource *oder* Benachteiligung, sondern eher: Auf welche Bewohnergruppen benachteiligter Quartiere wirken welche benachteiligenden Effekte *und* welche Ressourcen können sie in welchem Ausmaß nutzen? Insofern entspricht vielleicht ein Ansatz eher der empirischen Wirklichkeit, der eben jene unterstützende Strukturen als bewahrenswert einstuft und gleichzeitig benachteiligende Wirkungen erkennt und darauf hinweist. Benachteiligte Quartiere sind weder insgesamt rückständige gettoisierte Inseln in Kontrast zum gesellschaftlichen Festland, wie die eingangs zitierte Artikelüberschrift suggeriert, noch kann von einer übergreifenden emanzipierten Gegenkultur gesprochen werden, die ja insbesondere die Existenz vielfältiger Milieus und Netzwerkstrukturen verneinen müsste. Ein eher differenziertes Herangehen an die Betrachtung benachteiligter Quartiere wäre ebenso lohnend für weitere Forschung auf diesem Gebiet. Man sollte nicht nur Defizite hervorheben und dabei Stützstrukturen und Bewältigungsstrategien der Bewohner vernachlässigen. Ebenso wenig hilfreich ist es, wenn man das Quartier nur als ressourcenreichen Schutz- und Rückzugsraum bezeichnet und die negativen Begleiterscheinungen, wie die Abschottung nach außen oder Ausgrenzungen innerhalb des Quartiers ignoriert. Aufgrund der Unmöglichkeit generalisierbare Aussagen zu treffen, erscheint es notwendig, die jeweils lokalen Spezifika in jeder Dimension zu verdeutlichen und unter Berücksichtigung differenzierter Netzwerkstrukturen und Haushaltstypen sowohl Benachteiligungen als auch Ressourcen ausfindig zu machen.

## 6. Literatur

- Dangschat, Jens 2000: Segregation. In: Häußermann, Hartmut (Hg.): Großstadt. Soziologische Stichworte. Opladen: Leske + Budrich, 209-222
- Dorsch, Pamela und Ingo Siebert 2001: Quartier als Ressource? – Die räumliche Dimension von Armutsbewältigung. In: Jahrbuch Stadterneuerung. Beiträge aus Lehre und Forschung an deutschsprachigen Hochschulen. Berlin, 121-136
- Farwick, Andreas 2001: Segregierte Armut in der Stadt: Ursachen und soziale Folgen der räumlichen Konzentration von Sozialhilfeempfängern. Opladen: Leske + Budrich
- Friedrichs, Jürgen und Jörg Blasius 2000: Leben in benachteiligten Wohngebieten. Opladen: Leske + Budrich
- Friedrichs, Jürgen, Jörg Blasius und Jennifer Klöckner 2008: Doppelt benachteiligt? Leben in einem deutsch-türkischen Stadtteil. Wiesbaden: VS Verlag
- Friedrichs, Jürgen und Sascha Triemer 2008: Gespaltene Städte? Soziale und ethnische Segregation in deutschen Großstädten. Wiesbaden: VS Verlag
- Gestring, Norbert und Andrea Janßen 2002: Sozialraumanalysen aus stadtsoziologischer Sicht. In: Riege, Marlo und Herbert Schubert (Hg.): Sozialraumanalyse. Grundlagen - Methoden - Praxis. Opladen: Leske + Budrich, 147-160
- Gestring, Norbert, Andrea Janßen und Ayça Polat 2006: Prozesse der Integration und Ausgrenzung. Türkische Migranten der zweiten Generation. Wiesbaden: VS Verlag
- Herlyn, Ulfert, Ulrich Lakemann und Barbara Letko 1991: Armut und Milieu: Benachteiligte Bewohner in großstädtischen Quartieren. Basel (u.a.): Birkhäuser
- Haimann, Richard 2009: Wohnbezirke: Deutschland bekommt ständig neue Problemviertel. In: Die Welt, 2.2.2009. Online im Internet: <http://www.welt.de/finanzen/immobilien/article3135064/Deutschland-bekommt-staendig-neue-Problemviertel.html>. Letzter Zugriff: 12.8.2009
- Häußermann, Hartmut 1999: Sozialräumliche Struktur und der Prozeß der Ausgrenzung: Quartierseffekte. In: Nachrichtenblatt zur Stadt- und Regionalsoziologie 14, 7-18
- Häußermann, Hartmut 2000: Die Krise der „sozialen Stadt“. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 10-11: 13-21
- Häußermann, Hartmut, Katrin Luise Läser und Jens Wurtzbacher 2004: Vertrauen und solidarische Einstellungsmuster bei Stadtbewohnern. In: Journal für Konflikt- und Gewaltforschung 6, 32-62
- Häußermann, Hartmut und Walter Siebel 2004: Stadtsoziologie. Eine Einführung. Frankfurt a .M.: Campus

Häußermann, Hartmut und Martin Kronauer 2005: Inklusion - Exklusion. In: Kessler, Fabian, Christian Reutlinger, Susanne Maurer und Oliver Frey (Hg.): Handbuch Sozialraum. Wiesbaden: VS Verlag, 597-610

Häußermann, Hartmut 2008: Wohnen und Quartier: Ursachen sozialräumlicher Segregation. In: Boeckh, Jürgen, Ernst-Ulrich Huster und Hildegard Mogge-Grotjahn (Hg.): Handbuch Armut und Soziale Ausgrenzung. Wiesbaden: VS Verlag, 335-349

Häußermann, Hartmut und Andreas Kapphan 2000: Berlin: von der geteilten zur gespaltenen Stadt? Sozialräumlicher Wandel seit 1990. Opladen: Leske + Budrich

Janßen, Andrea 2004: „Es ist 'ne soziale Gegend“. Benachteiligte Effekte in Migrantenvierteln? In: Walther, Uwe-Jens und Kirsten Mensch (Hg.): Armut und Ausgrenzung in der „Sozialen Stadt“. Konzepte und Rezepte auf dem Prüfstand. Darmstadt: Schader Stiftung, 26-42

Kapphan, Andreas 2002: Das arme Berlin. Sozialräumliche Polarisierung, Armutskonzentration und Ausgrenzung in den 1990er Jahren. Opladen: Leske + Budrich  
Keim, Rolf 2002: Empowerment gegen Ausgrenzung: Die Politik der sozialen Stadt entdeckt das Quartier. In: Wolf-Dietrich Bukow (Hg.) und Erol Yildiz: Der Umgang mit der Stadtgesellschaft. Opladen: Leske + Budrich, 165-178

Keim, Rolf und Rainer Neef 2000: Ausgrenzung und Milieu: Über die Lebensbewältigung von Bewohnerinnen und Bewohnern städtischer Problemgebiete. In: Harth, Annette, Gitta Scheller und Wulf Tessin (Hg.): Stadt und soziale Ungleichheit. Opladen: Leske + Budrich. 248-273

Keim, Rolf und Reiner Neef 2007: Wir sind keine Sozialen. Marginalisierung und Ressourcen in deutschen und städtischen Problemvierteln. Konstanz: UVK

Kronauer, Martin und Berthold Vogel 2004: Erfahrung und Bewältigung von sozialer Ausgrenzung in der Großstadt: Was sind Quartierseffekte, was Lageeffekte? In: Häußermann, Hartung, Martin Kronauer und Walter Siebel (Hg.): An den Rändern der Städte. Armut und Ausgrenzung. Frankfurt: Suhrkamp, 235-258

Kronauer, Martin 2004: Quartierseffekte. Einführung und Kommentar. In: Walther, Uwe-Jens und Kirsten Mensch (Hg.): Armut und Ausgrenzung in der „Sozialen Stadt“. Konzepte und Rezepte auf dem Prüfstand. Darmstadt: Schader Stiftung, 17-25

Nieszery, Andrea 2008: Class, race, gender...neighbourhood? Zur Bedeutung von Quartierseffekten in der europäischen Stadtforschung. In: Schnur, Olaf (Hg.): Quartiersforschung. Zwischen Theorie und Praxis. Wiesbaden: VS Verlag. 69-86

Oberwittler, Dietrich 2004: Stadtstruktur, Freundeskreise und Delinquenz: Eine Mehrebenenanalyse zu sozialökologischen Kontexteffekten auf schwere Jugenddelinquenz. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Sonderhefte 43, 135-170

Tobias, Gertrud und Johannes Boettner 1992: Von der Hand in den Mund. Armut und Armutsbewältigung in einer deutschen Großstadt. Essen: Klartext